Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 227 | Dienstag, den 27. September 1904. | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Bremen, den 23. September 1904.

Vierter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Schubert-Berlin tritt dafür ein, das besonders gefährdete Koalitionsrecht der Arbeiterbeamten energisch zu schützen. Aeußerungen des Ministerialdirektors Thiel und des Grafen Posadowsky zeigen, daß man diesen das Streikrecht zu rauben gedenkt.

Segitz: Das Schweigen der Presse erklärt sich entweder aus der allgemeinen Uebereinstimmung oder aus der Scheu der Praktiker, sich mit den Theoretikern zu messen. Ich habe diese Scheu überwunden und eine ausführliche Besprechung dieser Resolution veröffentlicht. Ich mache zunächst darauf aufmerksam, daß die Resolution eine intensive Agitation zur Eroberung der Parlamente der Einzelstaaten voraussetzt. Dann haben wir in Bayern sehr schlechte Erfahrungen mit der Freiheit der Gemeinden in Bezug auf die Gesetzgebung gemacht. (Abg. Ehrhardt: Sehr richtig! Abg. Pfannkuch: Ihr habt auch eine freisinnige Gemeindevertretung!) Solche Fälle von Roheit in der Armenpflege, von raffinierter Ausschließung der Arbeiter von der Teilnahme an der Gemeindeverwaltung könnte die Zentralverwaltung gar nicht verantworten. Hauptsächlich aber bin ich durchaus für die Erzielung von Ueberschüssen in den Gemeindevertretungen. Die besitzenden Klassen verstehen es im jetzigen Staat doch, alle Lasten abzuwälzen und die Arbeiterwohnungen sind nicht mit Gas und Elektrizität ausgerüstet. Die Arbeiter hätten also von dem Einnahmeausfall der Gemeinde nur Schaden.

Ulrich-Offenbach: Die Resolution Lindemann ist kein Ausdruck der Ansichten des Parteitages. Es ist in ihr zuviel Theorie, zu wenig Praxis. Sie entspricht nicht dem, was die Kommunalprogramme einzelner Länder schon längst festgelegt haben. Sie bedeutet einen Rückschritt auf dem Gebiete des Armenwesens und des Schulwesens, die beide dem Staate überwiesen werden müssen. Die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und allen bürgerlichen Parteien werden auf kommunalem Gebiete besonders scharf werden. Da wird sich eine praktische Politik von selbst ergeben. Die Gemeinden müssen eine größere Beweglichkeit in der Erhebung von Steuern erhalten. Lieber keine Kommunalvertretung als eine zweifelhafte Vertretung, lieber gar keine Resolution als eine zweifelhafte Resolution. Ich beantrage die Resolution und sämtliche Anträge einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen und diese mit der Berichterstattung auf dem nächsten Parteitag zu beauftragen.

Außerdem ist ein Antrag eingegangen, die Resolution Lindemann den Kommunalvertretern als Material zu überweisen.

Lehmann-Mannheim hält die Einsetzung einer Kommission für notwendig. Die Autonomie der Gemeinden dürfe nicht verstärkt werden.

Freiwaldt-Pankow: Die Resolution ist hier arg zerfetzt worden, deshalb steckt doch viel Beachtenswertes darin. Auch ich habe mancherlei auszusetzen. Aus der Wasserversorgung sollten ruhig Ueberschüsse herausgewirtschaftet werden.

Repp-Friedberg vertritt den Antrag, daß den pensionsberechtigten Beamten der Gemeinde jede Arbeit für Private verboten werde, die mit Bezügen verbunden ist, und jede Spekulation mit Grund und Boden, sowie auch jede Mithilfe und Begünstigung bei Verlust der Anstellung und Pension. Rednir begründet diese Anträge mit der Schilderung von Vorfällen in seiner Gemeinde. Schließlich beantragt er, den Passus zu streichen, der verlangt: Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden. Der Klassenstandpunkt verbiete, eine Kasse mit besonderen Vorrechten zu schaffen.

Abg. Eichhorn schließt sich dem Antrage Ulrich an. Er bemängelt die Resolution Lindemann, die weitgehende Autonomie der Gemeinden, die große Gefahren berge. Den Einfluß der Gemeinde auf die Schule, das Einkammersystem und die weitgehende Spezialisierung in den Forderungen für die Gemeindearbeiter.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Lindemann führt im Schlußwort aus: Die meisten Gegner meiner Resolution haben sie nicht recht gelesen. Sie soll kein Aktionsprogramm für jeden Fall darstellen. Daran ist bei der unendlichen Verschiedenheit unsrer Landgemeinden nicht zu denken. Wenn man sich das klar macht, kann man sie wohl annehmen. An das vernichtende Urteil Ulrichs werden die nicht glauben, die wissen, wieviele Praktiker — und ich bin selbst einer davon — daran mitgearbeitet haben. Aber die Beurteilung hat gezeigt, wie schlecht die „Praktiker“ fahren, wenn sie nach den Erfahrungen in einer Gemeinde ein Kommunalprogramm aufstellen wollen. Ein Punkt besonders hat mir eine große Rückständigkeit im Denken der Parteigenossen offenbart: Das ist der Fanatismus für die Zentralisation, den großen Vater Staat, der schon heute alle neuen Aufgaben von sich auf die Gemeinden abschiebt. (Sehr richtig!) Ein Armer kann, wenn das Armenwesen verstaatlicht ist, verhungern, ehe der Instanzenzug durchlaufen ist. (Sehr richtig!) Wie schwerfällig ist die allmächtige Bureaukratie in der Eisenbahnverwaltung (Sehr richtig!), wie viel eigene Initiative hat die Selbstverwaltung! Weiter hat man meiner Resolution vorgeworfen, sie scheide nicht scharf genug zwischen den Forderungen an den Staat und die Gemeinde. Aber Punkt 1 und 2, die Forderung einer Verwaltungsreform durch den Staat gehören doch in ein Kommunalprogramm. Von der Wertzuwachssteuer habe ich schon vorher betont, daß sie nur steuerpolitisch, nicht sozialpolitisch wertvoll ist. Vor allem aber ist sie am leichtesten zu erreichen. In Frankfurt a. M. besteht sie schon. Die Forderung der Einheitsschule steht im allgemeinen Erfurter Programm und ist hier nur weggelassen, weil keinerlei Spezialpunkte bestimmt sind. Von der beauftragten Kommission ist nicht gesagt, ob sie bis morgen meine Resolution redigieren und zur Beschlußfassung vorlegen oder das ganze Material einem nächsten Parteitag unterbreiten soll. Vor letzterem warne ich Sie; es wäre das Eingeständnis unserer Unfähigkeit, ein Kommunalprogramm zu schaffen. Ich bitte Sie, eine Redaktionskommission einzusetzen und morgen über die Resolution abzustimmen. (Beifall.)

Die Resolution Lindemann wird darauf unverändert angenommen nach Ablehnung aller Abänderungsanträge.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Bremen, den 24. September 1904.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Der Vorsitzende Ebert eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, daß ein Flugblatt von den Lokalorganisierten Hamburgs und eines aus Mühlhausen beim Bureau eingegangen sei, daß dieses aber die Verbreitung dieser Flugblätter abgelehnt habe.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht über den Amsterdamer internationalen Kongreß. Berichterstatter ist

Bebel: Ein internationaler Kongreß ist eine schwierige Sache. Die Verschiedenheit in Sprache und Denken macht die Verständigung weit schwerer als auf nationalen Parteitagen. Dazu kamen die Zwistigkeiten der Franzosen, zu denen naturgemäß auch die anderen Nationen für oder wider Stellung nahmen. So kam es zu den heftigen Zusammenstößen in Paris, und ich hatte für Amsterdam ähnliches befürchtet. Ein Stein des Anstoßes, der Fall Millerand, war beseitigt, aber die Grundfrage, die nach der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung, war noch ungelöst, und je länger eine solche Streitfrage besteht, desto tiefer wird der Gegensatz. Gegenüber diesen Befürchtungen kann ich erklären, daß der Amsterdamer Kongreß uns eine außerordentliche Befriedigung bereitet hat. Die Schwierigkeiten wurden überwunden durch den ernsten Willen aller Beteiligten, durch das liebenswürdige Entgegenkommen der Holländer und die äußerlich glänzende Ausstattung des Kongresses. Man muß das kleine unscheinbare Gebäude, in dem 1872 im Haag der letzte Kongreß der Internationale tagte, mit diesem prächtigen Konzerthaus vergleichen. Die Schar der Delegierten aus allen Kulturländern war vollzählig. Wir, die sonst immer an erster Stelle inbezug auf die Stärke der Delegation waren, wurden diesmal von England, bei dem besonders die Trades Unions sehr stark vertreten waren, und Frankreich überholt. Aus Deutschland waren 40 Delegierte der Partei und 27 der Gewerkschaften erschienen. Auch Amerika war noch nie durch soviele Vertreter repräsentiert, wie diesmal. Nun ist es ja gewiß merkwürdig, wenn die sozialistische Partei Japans und Argentiniens dieselbe Stimmenzahl haben soll wie wir, und daß der Genosse Katayama den Ausschlag gegen die Resolution Adler-Vandervelde gab, hat spöttische Kommentare hervorgerufen. Aber wir haben bisher noch kein einigermaßen gerechtes Stimmenverhältnis finden können. Sehr gestört wurden die Verhandlungen durch die ungenügende Vorarbeit des internationalen Bureaus, dessen Sekretär, Serwy, nur die französische Sprache kennt. Unser gutes liebes Deutsch war in den Schriftsachen so arg mißhandelt, daß wir es gar nicht wieder erkannten. Wir beschlossen daher, für Verlegung des internationalen Bureaus nach Amsterdam zu stimmen; aber die Holländer zeigten keine Geneigtheit, und die Belgier versprachen für die Zukunft Abhilfe. Die Kommissionen, in denen die Vorarbeiten erledigt werden mußten, erforderten zwei volle Arbeitstage. Besonders die Taktik-Kommission hatte besonders lange Vorarbeiten zu erledigen. Genosse Quarck hat in der „Frankfurter Volksstimme“ bedauert, daß die Taktik-Verhandlungen überhaupt in der Kommission stattgefunden haben. Ich habe in Amsterdam den Antrag gestellt, erst Kommissionsverhandlungen abzuhalten. Ich fürchtete einen Zusammenstoß der Franzosen und wollte die erhitzten Geister sich erst in der Kommission abkühlen lassen. Es kam anders; bis auf eine kleine Episode am Schluß, wo Jaurès und Guesde zusammenstießen, nahmen die Verhandlungen einen großartigen Verlauf. Nichts lag uns ferner, als hinter geschlossenen Türen zu verhandeln, denn der kleine Saal war dicht gefüllt. Hätten wir diese Art der Verhandlungen vorausgesehen, so hätten wir auch für eine ausreichende Berichterstattung gesorgt. Das Resultat der Taktik-Kommission war die Annahme der Dresdener Resolution. Die Beschlüsse sind in unserm Sinn ausgefallen. In der Versicherungsfrage wurde Molkenbuhrs Resolution akzeptiert. In der Kolonialfrage wurde ein unsern Anschauungen entsprechender Beschluß gefaßt, nachdem in der Kommission die Geister heftig aufeinander geplatzt waren.

Auf Antrag Päplow wurde beschlossen, daß die Gewerkschaften den Gewerkschaftlern fremder Nationen den Eintritt erleichtern. In England verlangen einzelne große Gewerkschaften 200 Mk. Eintrittsgeld, was einem Ausschluß gleichkommt. (Sehr richtig.) Auch die Frage des Generalstreiks ist diskutiert worden. Ich will darauf heute nicht eingehen. Wie die Dinge gelaufen sind, werden wir die Frage auf dem nächsten Parteitag verhandeln müssen. Unsere Presse wird sich damit beschäftigen müssen, und ich werde ein Hühnchen mit meinem Freunde Dr. Friedeberg pflücken, der heute umsonst hierher gekommen ist. (Heiterkeit.) In die Maifeier-Resolution wurde von uns der Satz hineingebracht, daß die Arbeitsruhe, wenn keine Schädigung der Arbeiterinteressen damit verbunden ist, die würdigste Form der Feier sei. Die wichtigsten Verhandlungen waren die über die Taktik. Nach $1\frac{1}{2}$tägigen Verhandlungen erschien plötzlich die Resolution Adler-Vandervelde, die den wesentlichen Inhalt der Dresdner Resolution annahm, aber die Worte revisionistisch und Revisionist strich. Ich war darüber etwas pikiert. Aber es ist nicht richtig, daß die deutsche Delegation gleichsam von unserer Zustimmung zur Dresdener Resolution überrascht worden ist. Weder Kautsky noch ich hatte von der Einbringung unserer Resolution durch die Guesdisten etwas gewußt; aber schon am Sonntag entschieden wir uns, nicht gegen unsere eigene Resolution zu stimmen. Nun stellt Quark die Sache so dar, als hätte die deutsche Delegation nie über diese Frage sich ausgesprochen, bis zur letzten Stunde, wo „unser allverehrter Führer Bebel sofort durch Stellung der Vertrauensfrage die Zustimmung zur Dresdener Resolution erzwang.“ Derartige Speichelleckereien wie „unser allverehrter Führer“ möchte ich bitten, mir in der Parteipresse nicht wieder vor Augen kommen zu lassen. Ich bin ein Parteigenosse wie jeder andere. (Sehr gut!) Da wird immer gegen den Personenkultus geweitert und jetzt treiben ihn unsere lieben Parteigenossen selbst (Heiterkeit und sehr gut!) und gerade die am meisten, die am kräftigsten dagegen wettern. Wahrscheinlich sollte das aber nur eine Art Pflästerchen sein, das ganz überflüssig gewesen wäre, wenn Quarck die Sache nur wahrheitsgetreu dargestellt hätte. Zunächst muß ich mir seinen demagogischen Hinweis auf die Arbeitergroschen und den Willen der Wähler, die ihn nach Amsterdam gesendet hätten, ganz energisch verbitten. Seine Wähler kannten das Amendement Adler-Vandervelde noch garnicht. Quarck behauptet, er hätte Unterschriften sammeln müssen, um eine neue Sitzung unserer Delegation zu erzwingen. Weder Kautsky noch ich haben etwas von den Unterschriften gesehen. Wir warteten nur noch die Adlersche Rede im Plenum ab, zogen uns dann in die Delegation zurück, die nach ordnungsmäßiger Beratung sich gegen 13 Stimmen für die Dresdener Resolution entschied. Nun ist noch hervorzuheben, daß Adler und Vandervelde leider unterlassen haben, uns vorher von der Absicht der Resolution zu verständigen. Sonst hätten wir vielleicht auf den Wortlaut unserer Resolution bestanden. Während der Plenarverhandlungen gab man sich dann die größte Mühe, einige Nationen noch für das Amendement Adler-Vandervelde zu gewinnen. Der arme Katayama wurde so bearbeitet, daß er vor lauter, ich will sagen Scheu nachher bei der Abstimmung deutsch mit ja und nein stimmte. (Große Heiterkeit). Ja, hätte er für die Resolution Adler-Vandervelde gestimmt, so wäre er der Vertreter einer großen Nation gewesen, die gerade jetzt im Osten „Heldentaten“ vollbringt. In der Kommission trat der Jaurès-Freund Renaudel an uns heran. Er gehöre zum linken Flügel seiner Partei und bäte ebenfalls um eine scharfe Resolution, der sozialistischen Einigkeit wegen. So kam die einstimmig angenommene Einigkeitsresolution zustande, die zu den jubelnd aufgenommenen Erklärungen Vaillants und Renaudels für die Einigkeit führte. Wir glaubten, Skepsis (Zweifel) sei am Platze. Es ist ja schlimm, daß die französischen Parteien nicht größere Massen organisierter Arbeiter hinter sich haben, die durch ihre Masse die Führer zwingen können, sich zu einigen. Aber zweifellos hat das persönliche Zusammenwirken dazu beigetragen, daß der Gedanke der Einigkeit in Frankreich, auch bei Jaurès, Wurzel faßte. Ich möchte die deutschen Parteigenossen, die in unserer Presse über die französischen Verhältnisse berichten, oder Korrespondenten französischer Blätter sind, dringend bitten, nichts zu schreiben, was die Einigung hindern könnte. (Zustimmung). Vom 1. Oktober ab wird in Paris unter der Chefredaktion

des Jaurestisten Francois de Pressense, der von Vaillant und Jean Longuet unterstützt werden wird, eine Zeitschrift „La vie socialiste“ erscheinen, die nur dem Werke der Einigung gewidmet sein soll. Auch die Russen und Polen haben infolge des internationalen Kongresses die Ueberzeugung gewonnen, daß sie in dem schweren Kampfe gegen den Zarismus die Streitigkeiten innerhalb der Partei selbst beiseite lassen müßten.

Es sind dann noch eine größere Anzahl von Resolutionen zum Protest gegen die Mißstände des Kapitalismus gefaßt und ein interparlamentarisches Bureau eingerichtet worden. Sie werden heute die Aufgabe haben, zwei Vertreter in das internationale Bureau zu wählen, in das wir bisher Singer und Auer entsandt hatten. Wir in Deutschland leben leider unter so jammervollen Zuständen, daß wir bisher nicht wagten, einen internationalen Kongreß nach Deutschland einzuberufen. Weil die maßgebendste Regierung Deutschlands in den Fesseln des Russenkurses liegt, weil wir befürchten müssen, daß unsere Regierung aus Gefälligkeit die russischen Freiheitskämpfer dem Zarismus in die Hand spielen werde, haben wir bisher von dem Gedanken Abstand genommen. Aber wir lassen es jetzt darauf ankommen: der nächste internationale Kongreß soll 1907 in Stuttgart tagen. Wir hoffen, daß man sich wenigstens vor der internationalen Welt schämen wird, daß man nicht schon so tief gesunken ist, daß man alle Scham verloren hat. Wir hoffen, daß die württembergische Regierung in der Hauptstadt des Landes, das die relativ größte bürgerliche Freiheit hat, genug Rückgrat gegenüber reaktionären Verlockungen haben wird. Wir aber wollen alles leisten, was wir zu leisten imstande sind, daß der internationale Kongreß im Jahre 1907 in Stuttgart gut vorbereitet ist und daß unsere ausländischen Genossen ihre helle Freude daran haben können. (Lebhafter Beifall).

Es folgt die Diskussion.

Eduard Bernstein: Als Mitglied der Minderheit kann ich die Darstellung Bebels über die Vorgänge bei der Taktikdebatte nur bestätigen. Ich habe die Annahme der Dresdener Resolution bedauert, weil sie zu sehr Bezug auf deutsche Vorgänge nahm. Sie paßt nicht auf internationale Verhältnisse. Das ist noch von einem großen Teil der Delegierten empfunden worden. Louis Bertrand hat direkt die Befürchtung ausgesprochen, daß solche Resolutionen geeignet sind, Spaltungen auf internationalem Gebiete hervorzurufen. Demokratisch ist nicht verfahren worden. Bebel hat sich sehr versöhnlich gezeigt. Er hat viel für die Einigung der Franzosen getan. Bebel hat so unparteiisch referiert, daß sich nichts dagegen sagen läßt. (Pfannkuch: Haben sie etwas anderes erwartet? Heiterkeit.) Nein Ich möchte nur Bebel sagen, Jaurès ist in versöhnlicher Stimmung nach Amsterdam gekommen. Sein letzter Artikel in der „l'Humanité“ vor dem Kongreß war nur der Verständigung gewidmet.

Meyer-Frankfurt a. M.: Ich war Vorsitzender in der Versammlung, in der Genosse Quarck referiert hat. Der Bericht in der „Volksstimme“ gibt die Rede Quarcks nicht richtig wieder. Er hat in keiner Weise gehässig gesprochen. Die Aeußerung über die Frankfurter Demokraten ist gefallen; sie hat in der Versammlung selbst Widerspruch erregt. Bedauern muß ich, daß Bebel erklärt hat, er liest die „Frkf. Volksstimme“ nicht; das wird bei den Frankfurter Genossen sehr verstimmen.

Habicht-Limburg: Dr. Quarck hat nicht persönlich werden wollen, ist es aber gewesen. Er hat noch mehr gesagt, als in dem Bericht steht. Wir haben Dr. Quarck lieb und sind stolz auf ihn. Aber es ist sein Fehler, daß er oft grundlos persönlich wird.

Bader-Magdeburg bestätigt wie Bernstein, daß es nicht undemokratisch in der deutschen Delegation zugegangen. Wenn die deutsche Delegation sich für die Resolution Adler-Vandervelde entschieden hätte, dann hätte auch Bebel sich ruhig fügen dürfen. Wenn er so viel Gewicht darauf legt, daß er nichts mehr als ein einfacher Parteigenosse ist, so hätte er sich dem Mehrheitsbeschluß unterwerfen müssen. Von Felonie wäre gar keine Rede gewesen. Es ist ja nicht dazu gekommen, denn wir wollen Bebel nicht dekouvrieren. Bebel erhofft von der Annahme der Dresdner Resolution eine gute Wirkung für die Einigkeit der Franzosen. Die Resolution Adler-Vandervelde hätte gewiß besser gewirkt. Wenn die deutsche Delegation sich für die Resolution Adler-Vandervelde erklärt hätte, so wäre diese wahrscheinlich einstimmig angenommen worden.

Abg. Bömelburg bedauert, daß in Amsterdam der Punkt Ein- und Auswanderung nicht verhandelt worden ist. Der Eintritt in die fremden Nationen müsse erleichtert werden. Die Grundsätze der Solidarität werden hier mit Füßen getreten und der nächste internationale Kongreß muß sich eingehend mit dieser Frage beschäftigen.

In seinem Schlußwort erwidert Bebel, daß allerdings der Anregung Bömelburgs Folge gegeben werden müsse. Sachlich ist zwischen der Dresdener Resolution und der Resolution Adler wenig Unterschied. Aber die Art der Einbringung, die Art, wie sie verteidigt wurde, mußte den Anschein eines Gegensatzes erwecken. Es hätte dann so ausgesehen, als hätten wir eine Niederlage erlitten. Bernstein wie Bader meinen, man hätte mir ein Uebergehen zur Resolution Adler nicht als Feigheit ausgelegt. Als das Gerücht ging, die Deutschen wollten für die Resolution Adler stimmen, stürzten 5—6 Vertreter der Anhänger der Dresdener Resolution auf mich zu und fragten mich höchst entrüstet, ob ich umgefallen sei. Ich hätte mich natürlich gefügt, nur als Redner wäre ich dann nicht aufgetreten, und das kann man mir nicht verdenken. Die Aussagen der beiden Redner der Quarckschen Versammlungen widersprechen sich schnurstracks. Daß der Bericht nicht stimmt, glaube ich nicht, denn Dr. Quarck hat ihn gewiß durchgelesen, ehe er veröffentlicht wurden ist.

In das internationale Bureau werden Singer und Bebel delegiert.

Es folgen: „Verschiedene Anträge.“

Nicht genügend unterstützt werden Anträge auf Bildung von Jugendvereinen und Unterrichtsabteilungen, eine gründliche Revision des Programms, die Anträge, die einen besseren Ton als den in Dresden verlangen, die der Vorsitzende Dietz, Verständigungspolitiker nennt, usw.

Drei Anträge, die Genossinnen künftig nicht mehr zu unterstützen, werden auf Antrag Arend durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

In der Angelegenheit der Kritik der „Leipziger Volkszeitung“ über den Abg. Südekum liegt folgender Antrag Grünwald vor, zu dessen Gunsten alle anderen zurückgezogen werden. Der Antrag, der 116 Unterschriften trägt, lautet:

„Kaum hatte der Parteitag gegen einen Genossen einen Tadel wegen des häßlichen und hochfahrenden Tons seiner Polemik beschlossen, so setzt sich ein bekanntes Parteiblatt rücksichtslos über diesen Beschluß hinweg und unternimmt gegen einen Genossen wegen dessen Ausführungen auf diesem Parteitag einen Angriff, wie er wohl in so beleidigender und gehässiger Form in der Partei noch kaum dagewesen ist. Die unterzeichneten Delegierten sprechen hierdurch über den ganz unqualifizierbaren Ausfall der „Leipziger Volkszeitung“ gegen den Genossen Südekum ihre Entrüstung aus und erwarten, daß die Genossen allenthalben einer solchen, der Partei unwürdigen Kampfesweise mit aller Entschiedenheit entgegentreten werden.

Hierzu ist folgendes Telegramm der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ eingelaufen: „An den Parteitag. Die Notiz über Südekum ist von einem einzelnen Redakteur in Druck gegeben worden, der die unmotivierte und versteckte Anspielung Südekums auf die Dresdener Vorgänge im Interesse der Zeitung zurückweisen zu müssen glaubte. Er sieht aber ein, daß er dabei zu weit gegangen ist (Heiterkeit) und nimmt die Notiz unter dem Ausdruck des Bedauerns nach Form und Inhalt zurück. (Bravo!) Die Gesamtredaktion, die den Druck gehindert hätte, wenn sie von der Notiz gewußt hätte, schließt sich dem Bedauern ihres Kollegen an! (Bravo!)

Der Antrag Grünwaldt und das vorstehende Telegramm werden zu Protokoll gegeben und damit die Angelegenheit für erledigt erklärt.

Debattelos und einstimmig wird ein Antrag Katzenstein-Meist angenommen. Er lautet:

„Veranlaßt durch die immer wiederkehrenden Fälle von Soldatenmißhandlungen rohester und ehrlosester Art, erhebt der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands flammenden Protest gegen diese Betätigungen nichtswürdiger Gesinnung wie auch gegen das System, aus dem sie immer neu hervorwachsen.

Der Parteitag macht es allen unter der Fahne stehenden jungen Männern zur heiligsten Pflicht, sich selbst jeder Art von Mißhandlung oder Ehrverletzung gegen Kameraden oder Untergebene sorgfältigst zu enthalten, zugleich aber auch zur Hintanhaltung beziehungsweise Ahndung aller gegen sie selbst oder Kameraden gerichteten Gewalttätigkeiten und Roheiten jede gesetzlich zulässige Beihilfe zu leisten.

Zugleich richtet der Parteitag an die Militärbehörden die dringendste Aufforderung, ihren oft in Worten bekundeten guten Willen in dieser Richtung durch Anwendung der erforderlichen Maßregeln von unbeugsamster Entschiedenheit gegen Menschenquälerei aller Art wie auch gegen die verantwortlichen Vorgesetzten in die Tat umzusetzen.

Der Parteitag erhebt entschieden Protest gegen die in letzter Zeit immer mehr geübte Praxis der Militärgerichte, den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei ihren Verhandlungen herbeizuführen.

Der Parteitag stellt fest, daß solche Heimlichkeit den schlimmsten Vermutungen Raum gibt und den Beweis liefert für die Unerträglichkeit der militärischen Sonderinteressen mit den anerkannten Rechtsgrundsätzen unserer Zeit.“

Inzwischen wird das Resultat der Wahlen für die Parteileitung bekannt gemacht. Es sind gewählt zu Vorsitzenden Bebel mit 249 und Singer mit 250 Stimmen — Vollmar und Bernstein erhielten je eine Stimme — zum Kassierer Gerisch mit 250 Stimmen — Braun erhielt 1 — zu Sekretären Auer mit 250, Wollenbuhr mit 250 und Pfannkuch mit 249 Stimmen. Schwartz und Stadthagen erhielten je eine Stimme (Heiterkeit). Zu Kontrolleuren sind wiedergewählt: Bock, Brühne, Ehrhart, Geck, Kaden, Koenen, Meister, Pfarr und Frau Zetkin. Auf Vorschlag Meisters wird debattelos eine Erhöhung des Gehalts der Sekretäre und des Kassierers von 3600 Mark auf 4200 Mark beschlossen.

Frau Zietz teilt namens der Beschwerdekommission mit, daß der Fall des Redakteurs Albin Kerl in Delmenhorst friedlich beigelegt worden ist. Kerl darf wieder in die Partei eintreten.

Vorsitzender Dietz: Ich werde daran erinnert, etwas ganz Selbstverständliches mitzuteilen: Daß Genosse Meister Vorsitzender der soeben konstituierten Kontrollkommission ist. (Große Heiterkeit)

Folgende Resolution Schulz-Bremen Zetkin in der Schulfrage wird nach kurzer Begründung durch Schulz-Bremen angenommen:

„Gemäß der sozialdemokratischen Forderung auf Weltlichkeit der Schule erklärt der Parteitag sowohl gegenüber den Verfassungsbestrebungen der vereinigten Konservativen, Ultramontanen und Nationalliberalen als auch gegenüber der einseitigen liberalen Agitation für die Simultanschule, daß pädagogische, ethische und politische Gründe die völlige Trennung der Schule von der Kirche und damit die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule verlangen.

Der Parteitag erklärt ferner, daß die Volksschule wie das ganze Erziehungswesen über die Regelung der religiösen Frage hinaus einer grundsätzlichen Reform an Haupt und Gliedern durch ein Reichsschulgesetz bedarf und zwar auf dem Wege den die vom Bürgertum längst verlassenen revolutionären Pädagogen des Bürgertums, insbesondere Comenius und Pestalozzi, ferner Goethe und Karl Marx gewiesen haben.

Der Parteitag erklärt endlich, daß keine bürgerliche Partei ein unmittelbares und uneigennütziges Interesse an der Volksschule hat. Die Befreiung der Volksschule aus ihrer heutigen unwürdigen Stellung als Magd der herrschenden Klassen und der Kirche kann nur das Werk der Arbeiterklasse vermittelst des Klassenkampfes sein.“

Einstimmig angenommen wird ferner folgende Resolution Dr. Michels-Kautsky:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beglückwünscht die italienischen Genossen zu ihrem tapferen und siegreichen Kampfe auf das herzlichste.“

Beim Präsidium ist unterdes die Erklärung eingegangen, daß durch den Abstimmungsmodus die unterzeichneten Berliner Delegierten verhindert worden seien, ihre Gegnerschaft gegen die Erhöhung der Parteivorstandsgehälter zum Ausdruck zu bringen. Dieser Protest geht von Antrick und einem Teil der Berliner Delegierten aus.

Der Vorsitzende Dietz verwahrt sich gegen diese Erklärung. Es sei Zeit genug gewesen, eine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Vorsitzender Ebert erklärt diesen nachträglichen Protest für geschäftsordnungsmäßig unzulässig.

Bittorf versichert, daß die Mehrheit der Berliner Delegierten diesem Schritte vollkommen fernstehe. (Bravo!)

Rußland und Japan.

Die Japaner haben bei Mukden die allgemeine Offensive auf der ganzen Front wieder aufgenommen und treiben die Kosaken-Generale Rennenkamp, Samsonow und Mischtschenko, obgleich diese durch Infanterie und Kavallerie verstärkt sind, vor sich her auf Mukden zurück. Südlich vom Hunho stehen in nur schwachen Abteilungen die Russen. Die japanische Kavallerie reicht bereits um beide russischen Flügel herum und streift mit Patrouillen bis in die Gegend von Tieling. Wie man dem „B. T.“ aus Mukden kabelt, haben die Japaner am 22. September den Dalingpaß, 75 Kilometer südöstlich von Mukden, nach leichtem Gefecht besetzt.

Die Japaner haben Freitag von drei Seiten einen Gesamtangriff auf Port Arthur unternommen. Die Geschwader Togos und Kamimures haben ihn durch heftiges Bombardement unterstützt. In Petersburg herrscht lebhafte Besorgnis wegen des Ausganges des Angriffes. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Tsingtau vom 24. September gemeldet, ein dort weilender russischer Marineoffizier habe die offizielle Nachricht von dem Auftreten der Cholera in Port Arthur erhalten. Bis zum 19. d. M. seien nur wenige Fälle zu verzeichnen gewesen, aber man fürchte sehr, daß die Krankheit epidemisch werde. Bei den überaus schlimmen sanitären Zuständen, die, wie bereits mehrfach berichtet wurde, in der belagerten Festung herrschen, ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß der asiatische Würgengel Tausende von der Einwohnerschaft und der Besatzung von Port Arthur hinwegraffen wird, wenn es General Stößel nicht vorzieht, den Japanern die Festung zu übergeben. Wie dem Londoner „Daily Expreß“ aus Tokio berichtet wird, sollen die Japaner den Versuch, die Festungswerke von Port Arthur zu unterminieren, als undurchführbar aufgegeben haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Japans Quittung. Eine ungeheure Abnahme der deutschen Warenausfuhr nach Japan in der Hälfte des laufenden Jahres stellt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ fest. Obwohl der Wert der Einfuhr nach Japan während des gegenwärtigen Krieges von 16,5 Millionen auf 182,6 Millionen Yen gestiegen ist, ist die Menge der aus Deutschland bezogenen Waren rapide gesunken. Japan hat während der ersten 7 Monate dieses Jahres von solchen Waren, die im Handelsverkehr von irgendwelcher Bedeutung sind, nur 491 186 Doppelzentner Waren aus Deutschland bezogen gegen 649 712 Doppelzentner im Vorjahre. Die Abnahme unserer Ausfuhr beträgt also rund 158 500 Doppelzentner oder 25 Proz. Der gesamte Mehrbedarf Japans wird von England und den Vereinigten Staaten gedeckt. „Was geht uns die Mandschurei an?“ fragte Graf Bülow mit wohlwollendem Phlegma, als Bebel im Reichstag über die ostasiatische Politik Strafgericht hielt. Er kann jetzt in der deutsch-japanischen Handelsbilanz nachlesen — „was uns die Mandschurei angeht!“

Ueber einen deutsch-russischen Grenzzwischenfall wird den „Schles. Nachr.“ aus Woischnik berichtet. Ein russischer Grenzsoldat hielt eines Abends mehrere Kinder aus Pakelten, die von der Arbeit aus Helenental auf dem neutralen russisch-preußischen Grenzgebiet nach Hause gingen, an und führte sie auf die nächste Grenzwachtstation Hucisko, wo sie über Nacht festgehalten und am nächsten Tag auf die russische Grenzzollkammer Gniasdor transportiert worden sind. Dort wurde von jedem der Kinder 4 Rubel Strafe verlangt, weil sie angeblich vom neutralen Gebiet abgewichen und den russischen Boden betreten haben. Die Eltern, die ihre Kinder vermißt und das Vorgefallene bald erfahren haben, begaben sich auf die Zollkammer in Gniasdor und erlegten die Strafe, worauf die Kinder freigelassen worden sind. Auf Einschreiten der preußischen Behörden fand durch eine Kommission eine Untersuchung an Ort und Stelle statt, welche ergab, daß nicht die Kinder aber der russische Grenzsoldat sich einer Gebietsverletzung schuldig gemacht hat. Der russische Grenzsoldat wurde mit acht Tagen Arrest bestraft und von der Grenzwache fortgeschafft; die von den Kindern oder deren Eltern eingezogenen Strafen werden diesen zurückgezahlt.

Wie koloniale Metzeleien provoziert werden! Vor einigen Monaten wurde im Bismarckarchipel auf der Insel Aua oder Dorom der Händler Reimers von Eingeborenen ermordet. Ueber den Anlaß zu dieser Bluttat hat der Gouverneur von Deutsch-Neuguinea Dr. Gahl eine Untersuchung veranstaltet, nach der, wie der „National-Zeitung“ aus Herbertshöhe geschrieben wird, so viel feststeht, daß die unglaubliche Rücksichtslosigkeit und Habgier des Händlers die Schuld an den Vorgängen trägt. Der Bericht erzählt: Man sagt, weil nicht genug Kopra eingebracht worden sei, wurde der Sohn des Königs der Insel von Weißen verprügelt. Schon dies muß als eine äußerst beleidigende Tat aufgefaßt worden sein und die Gemüter heftig erregt haben. Aber nicht genug damit, ließ der törichte Mann, unter Beiseitesetzung jeglicher Schonung der heiligsten Gefühle dieser Ahnenverehrer, alte geheiligte Gräber öffnen, um sich in den Besitz des mit den großen Toten begrabenen alten wertvollen Schmuckes zu setzen. So hat er selbst den Zünder in das Pulverfaß geworfen, und die nachfolgende Explosion herbeigeführt. Wer will sich wundern, wenn sich nun die in ihren heiligsten Gefühlen gekränkten Naturkinder zur Wehre setzten und nach landesüblicher Sitte Vergeltung übten, indem sie den Frevler beseitigten? Der alte König gab das Signal zum Ueberfall der Station, und Reimers hatte seine Torheit mit dem Leben zu bezahlen. Das Haus wurde ausgeraubt. Eine Panik brach nun unter den fieber-

haft erregten Insulanern aus, und traurig ist das Nachspiel. Der betagte König starb noch am selben Tage an den Folgen innern Aufruhrs, und seine Untertanen beschlossen eine Flucht über See nach den benachbarten Inseln. Nach der zuverlässigen Angabe eines Herrn Hellwig, der sich dort erst im vorigen Jahre eine Zeitlang behufs Sammlung von Kuriositäten aufhielt, soll der Stamm etwa 500 Personen stark gewesen sein. Sechzig fand man noch auf der Insel. Die übrigen waren alle auf ihren gebrechlichen Kanoes geflüchtet. Fünfzig von ihnen erreichten Vululu, 16 Aua, die anderen alle kamen infolge schlechten Wetters elendiglich auf hoher See um. Die Zahl der Untergegangenen beträgt also 370 Personen. Der Sohn des Königs soll den Speerstoß gegen Reimers geführt haben. Das Gericht des Gouverneurs stellte nach Aufnahme des Berichteten das Verfahren ein. Es sah sich zu einem Einschreiten gegen die wenigen Ueberlebenden nicht veranlaßt. Die Hauptschuld trug, soweit das Resultat der Untersuchung in Betracht kam, der weiße Händler, und zudem wurde der Kern des Volkes in der höchst bedauerlichen Katastrophe auf See durch Naturkräfte vernichtet. Der geschädigten Firma wurden eine Anzahl Kokosnußpalmen zur Deckung des Verlustes überwiesen.

Opfer des Hererokrieges. Amtlich wird gemeldet: Reiter Otto Wittig, geb. Hohenziatz, Kreis Jerichow I, früher Regt. 26, am 21. September im Lazarett Okahandja an Typhus gestorben. — Sanitäts-Unteroffizier Gustav Thieme, geb. 27. April 1879 Rödgen, Kreis Delitzsch, früher Maschinengewehr-Abteilung 19, am 21. September im Lazarett Otjosondu an Typhus gestorben. — Reiter Erich Wende aus Sagan, früher Regt. 101, am 9 September im Gefecht bei Owinaua-Naua an der linken Wade leicht verwundet. — Reiter August Klocke, geb. 25. November 1881 in Langeringen bei Augsburg, früher Regiment 20, am 20. September im Lazarett Okosongoho an Typhus gestorben.

Kleine politische Nachrichten. Zu dem Dementi des Hofer Anzeigers" über die Zeitungsmitteilung, daß der Reichstagsabgeordnete Münch-Ferber seine Immobilien verkaufen, in's Ausland gehen wolle 2c., schreibt die „Münchener Post": Die Tatsache steht unwiderleglich fest, daß Herr Münch-Ferber kürzlich in München weilte und seinen Immobilienbesitz zur Veräußerung anbot, da er in's Ausland gehen wolle. — Das Befinden des Graf-Regenten zu Lippe-Detmold ist nicht befriedigend. Die tägliche Ausgabe eines Bulletins ist angeordnet worden. Beim etwaigen Ableben des Grafregenten dürfte der Kampf um das lippische Erbe sicherlich von neuem entbrennen. (Neueren Meldungen zufolge ist der Graf-Regent inzwischen seinen schweren Leiden erlegen.) — Präsident Roosevelt erklärte sich für die Einberufung einer zweiten Haager Konferenz. Hat er an dem Fiasko der ersten noch nicht genug? — Im französischen Kongobiet ist wegen eines neuen Steuersystems ein Ausstand der Eingeborenen ausgebrochen. Vier Belgier, Agenten der Compagnie Itenga, wurden niedergemetzelt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 26. September 1904

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Helfmann u. Co. (Bahnhofsbau) ist die Sperre verhängt. Die Lohnkommission der Zimmerer.

Abgeblitzt. Vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht, Zivilsenat I, wurde am Freitag ein Prozeß erledigt, der besonders für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von Interesse sein dürfte. Der Maurer F. J. H. Koch in Lübeck wurde im Jahre 1901 aus dem dortigen Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ausgeschlossen, weil er bewußt und absichtlich eine vom Verband verhängte Bausperre gebrochen hatte. K. reiste darauf von Lübeck ab und trat Ostern 1901 in Schwarzenbek in Arbeit. Unter Verschweigen des Lübecker Ausschlusses meldete er sich in Schwarzenbek wieder zur Mitgliedschaft im Verbande an und wurde auch aufgenommen. Im Juni 1903 trat er dann wieder in Lübeck in Arbeit, und zwar an einem Bau, an dem im übrigen noch elf Verbandsmaurer tätig waren. Diese kannten die Vergangenheit des K., d. h. sie wußten, daß und weshalb K. im Jahre 1901 aus dem Verbande ausgeschlossen war. Sie weigerten sich deshalb, mit ihm zusammen zu arbeiten. Als sie das dem betreffenden Arbeitgeber erklärten, entließ derselbe den K. Nun strengte K. gegen die elf Maurer eine Schadenersatzklage an. Er forderte Ersatz von 216,97 Mk. Auf diese Summe bezifferte er den Schaden, den er durch die plötzliche Entlassung und sich daran schließende Arbeitslosigkeit resp. schlechter entlohnte Arbeit erlitten haben wollte. Das Landgericht Lübeck gab dieser Klage nun im Prinzip statt und änderte nur den Betrag des Schadenersatzes. Es verurteilte die elf beklagten Maurer zur solidarischen Zahlung von 223,62 Mk. In den Urteilsgründen führte es aus, daß die Beklagten dem Kläger in einer den guten Sitten widersprechenden Weise Schaden in der erkannten Höhe zugefügt hätten. Gegen dieses Urteil ließen die Beklagten durch den Rechtsanwalt Dr. Suse in Hamburg Berufung beim Hanseatischen Oberlandesgericht einlegen. Dieses entschied Freitag zu Ungunsten des Klägers. Es hob das Urteil des Landgerichts Lübeck im vollen Umfange auf und wies den Kläger mit seinen Ansprüchen kostenpflichtig ab.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Der große Erfolg, den am verflossenen Sonntag die Aufführung der satyrischen Komödie von Oktave Mirbeau „Der Dieb" und „Die deutschen Kleinstädter" hatte, veranlassen die Direktion die nächsten beiden Aufführungen dieser Stücke am Dienstag, den 27. und Mittwoch, den 28. September auf den Spielplan zu setzen. Am Donnerstag folgt dann in neuer Einstudierung nach der Einrichtung des „Kleinen Theaters" zu Berlin „Kabale und Liebe" von Schiller.

Handelsregister. Am 24. September 1904 ist bei der Firma H. H. Kahl u. Sohn in Lübeck eingetragen worden: Dem Ludwig A. H. A. Wolff in Lübeck ist Prokura erteilt.

pb. **Kurz war die Freiheit!** Zwei schwere Verbrecher, die zuletzt hier in Lübeck Einbrüche verübten und festgenommen wurden, wegen Geisteskrankheit aber der hiesigen Staats-Irrenanstalt überwiesen werden mußten, entwichen am Sonnabend den 24. d. Mts. aus der Anstalt. Die sofort seitens des Polizei-Amtes angeordnete Verfolgung hatte den Erfolg, daß Beide im Laufe der Nacht, in der Mühlenstraße durch einen Beamten der Schutzmannschaft angehalten, festgenommen und mittels Transportwagens der Irrenanstalt wieder zugeführt werden konnten.

pb. **Fahrraddiebstähle.** Am Sonntag gegen 1 Uhr nachmittags wurde vom Flur des Hauses Königstraße 116 ein Fahrrad, Marke „Schnell", mit schwarzem Gestell, schwarzen Felgen, gerader Lenkstange, Freilaufvorrichtung, der Polizeinummer 313 und der Fabriknummer 40 535 gestohlen. Am selben Tage, abends gegen 7½ Uhr wurde beim Postamt am Bahnhofe ein Fahrrad, Marke „Opel", mit der vom Polizeiamt gelieferten Nummer 4020, schwarz und weißen Felgen und gerader Lenkstange gestohlen.

pb. **Hausfriedensbruch.** Ein hiesiger Kellner wurde wegen Hausfriedensbruchs zur Anzeige gebracht.

Schwartau. Das Geschäftslokal der Amtskasse befindet sich vom 29. September ds. Js. an in der Villa „Waldesruh", an der neuen Straße auf Kaltenhof, neben der Villa „Kaltenhof", früher Freese, belegen.

Eutin. Der Beitrag zur Dienstboten-Krankenkasse pro 1. Mai bis 31. Oktober 1904 wird im Laufe des Monats September d. J. an den Vormittagen auf der Stadtkasse erhoben.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Das Gewerbegericht in Hamburg hat sich bereit erklärt, in Sachen der Lohnbewegung der Schlachtergesellen als Einigungsamt zu wirken. — Am Neubau des Seminars in Tondern wurden Freitag sämtliche Maurer ausgesperrt. — Auf dem Dortmund-Emskanal wurde infolge der durch den Einsturz der Meppener Schleuse eingetretenen großen Verkehrsstörung den Schiffern aller größeren Kanalschiffe auf den 26. September gekündigt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem bei Bobitz gelegenen Gute Schönhof befindet sich seit dem Manöver ein herrenloses Pferd mit einer Kanüle im Halse. Alle Nachforschungen nach dem Eigentümer waren bisher erfolglos. — In Friedland, wo erst vor einer Woche Feuer war, brannten in der Kaiserstraße die Häuser des Schuhmachermeisters Krüger und der Witwe Lange nieder. In beiden Häusern wohnten neun Familien. — Ein seltenes Strandgut ist auf Sylt angetrieben. Ein 700 Liter-Faß Rotwein. Da das Faß vollständig mit Muscheln bewachsen ist, so nimmt man an, daß es in einem Schiffsrumpf lange auf dem Grunde des Meeres lag, bis der Rumpf auseinanderbrach und das Faß zum Schwimmen kam. Stichproben haben ergeben, daß der Wein noch tadellos ist.

Hamburg. Der Gesetzentwurf, betreffend die Versorgungskasse für staatliche Angestellte und Arbeiter, den der Senat der Bürgerschaft zugehen ließ, bringt die Errichtung einer Versorgungskasse als einer auf Landrecht beruhenden besonderen Versicherungseinrichtung in Vorschlag. Die Arbeiter erscheinen, wenn auch unter Beihülfe des Staates als ihres Arbeitgebers, als diejenigen, die sich selbst für den Fall ihrer Invalidität unter Leistung der entsprechenden Prämien bei der Kasse versichern. Da dem Arbeiter die Rückerstattung der Hälfte der von ihm geleisteten Zwangsbeiträge gewährleistet und ihm des weiteren noch die Möglichkeit eröffnet wird, die Versicherung auch nach seinem Ausscheiden aus dem versicherungspflichtigen Verhältnis freiwillig fortzusetzen, so erscheint die Freiheit des Entlassungsrechtes der Behörden in ausreichendem Maße gewahrt. In der Senatsvorlage wird betont: Der eingeschlagene Weg führt nicht auf grundsätzlich neue Bahnen; er läßt das Verhältnis der nicht fest Angestellten zum Staate unberührt. Er schafft lediglich im Anschluß an das von der Invalidenversicherung gegebene reichsgesetzliche Muster eine Zuschußkasse für diejenigen Angestellten, deren Arbeitgeber der Staat ist. Daher verdiene dieser Weg selbst den Vorzug vor der Versorgung nach Art des Beamtenpensionsrechts. Die Beiträge betragen innerhalb der ersten zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes für jede Beitragswoche 15 Pfg. Sie brauchen in Zeiten von Erkrankungen bis zu einem Jahre, kürzeren Beurlaubungen und militärischen Dienstleistungen nicht gezahlt zu werden. Die Rente beträgt nach Zurücklegung von fünf Dienstjahren ausschließlich der Karenzzeit 200 Mk. jährlich. Sie steigt mit jedem ferner zurückgelegten Dienstjahre bis zum 20. Dienstjahre einschließlich um je 10 Mk., von da an bis zum 30. Dienstjahre einschließlich um je 5 Mk. jährlich. Eine weitere Steigerung findet nicht statt. Die Durchführung des Gesetzes soll den Behörden für das Versicherungswesen übertragen werden. Die in einem früheren Entwurf vorgesehene Hinterbliebenen-Versorgung hat man jetzt ganz wegfallen lassen. Der Gesetzentwurf dürfte nach dem „Echo" in den Kreisen der beteiligten Arbeiter und Diätare eine große Enttäuschung hervorrufen.

Kiel. Das Reichsmarineamt und die Arbeiter der kaiserlichen Werft. Wir teilten vor einiger Zeit mit, daß auf der kaiserlichen Werft für die Außen-Arbeiter im Schiffbau der achtstündige Arbeitstag eingeführt sei, um den Entlassungen von Arbeitern vorzubeugen. Die Verkürzung der Arbeitszeit geschah auf Anregung der Arbeiter selbst, die lieber mit etwas weniger Lohn vorlieb nehmen, als ihre Kollegen der Arbeitslosigkeit preisgegeben sehen wollten. Interessant ist nun, zu sehen, auf welchen gewundenen Wegen die Marineverwaltung den Wünschen der Arbeiter nachkam. Am 30. Juli faßte eine größte Werftarbeiterversammmlung den Beschluß, eine Resolution zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit an das Reichsmarineamt zu senden. Die Resolution wurde auf Beschluß der Versammlung dem Reichstagsabgeordneten des Kreises, dem Genossen Legien, der schon verschiedentlich im Reichstage und im Reichsmarineamt zugunsten der kaiserlichen Werftarbeiter interveniert hatte, zugestellt, mit der Bitte, sie dem Reichsmarineamt zu übermitteln. Lange hörte man von dem Schicksal der Resolution nichts. Dann erschien plötzlich der Erlaß, der teilweise die achtstündige Arbeitszeit anordnete. Jetzt ist auch dem Genossen Legien die Antwort des Reichsmarineamts zugegangen.

Das charakteristische Schriftstück lautet:

Auf das Schreiben vom 3. August 1904. Die mir übermittelten Schreiben von Arbeitern der kaiserlichen Werft Kiel vom 30. und 31. Juli 1904 sende ich Ihnen beifolgend ergebenst zurück, weil diese Art der Vorlage von Gesuchen von Arbeitern der Marineverwaltung den Vorschriften des § 8 der Arbeitsordnung, die jeder Werftarbeiter kennt, widerspricht. Ich folge Ihnen jedoch beifolgende Abschrift einer Verfügung an die kaiserliche Werft mit, die die Entscheidung auf ein, auf vorschriftsmäßigem Wege an mich gerichtetes Gesuch der Arbeiter des Schiffsbaureforts in gleicher Angelegenheit enthält.

J. V.: v. Ahlefeld.

Die im zweiten Absatz der Antwort angezogene Verfügung ist der Erlaß vom 17. August über die Verkürzung der Arbeitszeit; das vorschriftsmäßig an das Reichsmarineamt gelangte Gesuch stammt von 5 Arbeitern des Schiffsbaureforts, das am 3. Juni abgesandt wurde. Daß erst die Massenversammlung der Werftarbeiter den Anstoß zur Verkürzung der Arbeitszeit gegeben und nicht die 3 Arbeiter, ist klar. Das Marineamt würde sich natürlich etwas vergeben, wenn es eingestehen würde, daß es dem Wunsche der Massen nachgegeben habe, besonders noch, wenn diese sich an den Mann ihres Vertrauens, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, wenden. Die Werftarbeiter wußten nur zu gut, was sie zum Ziele führen konnte, als sie die Massen auf die Beine brachten und auf den im § 8 der Arbeitsordnung vorgeschriebenen Weg verzichteten, der in echt militärischer Weise vom Werkführer über den Meister, Beirat 2c. zum Reichsmarineamt und doch nicht zum Erfolge führt.

Kiel. Das Oberkriegsgericht verurteilte am Sonnabend den Kapitänleutnant Engelhart wegen Mißhandlung Untergebener zu vierzehntägigem Kammerarrest. Die erste Instanz hatte nur 8 Tage verhängt. — Das Torpedoboot „S 9" ist wieder gehoben und durch Auspumpen flott gemacht worden.

Flensburg. Ein sensationeller Vorfall ereignete sich Donnerstag im hiesien Amtsgericht V. Dort fand vor dem Amtsrichter ein Erbteilungsverfahren statt, an welchem der Stationsvorsteher a. D. Abraham-Schleswig und dessen Bruder, Eisenbahnbetriebssekretär Anton Abraham, beteiligt waren. Letzterer scheint in dem Erbteilungsverfahren sich benachteiligt zu glauben; denn zum Erstaunen des Amtsrichters und des Protokollführers riß Abraham vor den Augen des Richters eine Anzahl Hypothekenbriefe an sich und versuchte damit zu verschwinden. Auf ein Glockenzeichen des Richters kam der Gerichtsdiener rasch herbei, der auf dem Flur den Entwischten abfaßte und wieder ins Gerichtszimmer zurückführte. Die Verhandlung wurde darauf fortgeführt, während der Gerichtsdiener Abraham festhielt. Nach Beendigung der Verhandlung verfügte der Richter gegen Abraham eine sofort zu verbüßende Haftstrafe von 24 Stunden wegen Ungebühr vor Gericht. Das Amtsgericht setzte die Eisenbahnbehörde von dem Vorfall in Kenntnis.

Geestemünde. Wegen Arbeitswilligenbeleidigung zu verantworten hatte sich Freitag vor dem hiesigen Schöffengericht der Schlosser A. Sch. Seitens des Vertreters der Anklage wurde die Beleidigung als erwiesen erachtet und in Anbetracht des Umstandes, daß der Angeklagte ein ausgesprochenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei und in weiterer Anbetracht der hier herrschenden Zustände, Streik 2c., die exemplarische Strafe von 40 Mark Geldstrafe bezw. 8 Tagen Haft beantragt. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an, namentlich deshalb, weil in der jetzigen Zeit noch mehr solcher Fälle zu verzeichnen wären und die Arbeitswilligen unbedingt beschützt werden müßten. — Daß die Mitgliedschaft zu einer politischen Partei seitens der Anklagebehörde als erschwerender Umstand hervorgehoben wird, zeigt, welchen Kurs unsere heutige Rechtsprechung steuert.

Bremen. Senatswahl. Die Bürgerschaft erwählte Sonnabend mit 68 Stimmen Professor Kasten zum Senator. Kasten war bisher Direktor der Handelsschule und Führer der vereinigten Liberalen. Es wurden 30 unbeschriebene Zettel abgegeben. Unsere Parteigenossen enthielten sich der Abstimmung.

Oldenburg i. Gr. Die Affäre Ruhstrat. Der Justizminister hat, wie schon gemeldet, gegen seine Angreifer im „Residenzboten" nunmehr Strafantrag gestellt, und die oldenburgische Justiz ist sofort in rigorosester Weise vorgegangen: Redakteur Biermann, nach zehnmonatlicher Haft eben erst aus dem Gefängnis entlassen, ist wieder in Untersuchungshaft genommen, Redakteur Schweynert inzwischen in Erfurt, wohin er sich gewandt hatte, verhaftet worden. Ein Interviewer hat nun Herr Ruhstrat auch die Gründe seiner befremdlichen Langmut angegeben. Er erklärte: „Als der „Residenzbote" Anfang August ds. Js. seine schon im März aufgestellten verleumderischen Behauptungen, ich hätte vor Gericht und im Landtage die Unwahrheit gesagt, wiederholte, habe ich geglaubt, diese Verleumdungen auch jetzt, wie im März, unbeachtet lassen zu können, denn ich habe ja im März in der Biermannschen Privatklagesache vor Gericht erklären lassen, daß die Behauptungen erfunden seien, und wie man mir damals in der Oeffentlichkeit Glauben schenkte, meinte ich auch jetzt auf diesen Glauben bauen zu können; es war ja inzwischen gar nichts geschehen, was eine Aenderung der Auffassung hätte herbeiführen können. Als ich dann aber am letzten Sonnabend abend von meinem längeren Urlaub nach Oldenburg zurückkehrte, erfuhr ich, welchen Umfang die Preßangriffe gegen mich genommen, und wie sie es offenbar zu Wege gebracht hatten, die wirkliche öffentliche Meinung völlig zu verwirren. Ich habe darauf sofort Strafantrag gestellt." Daß Herr Ruhstrat während seines Urlaubes von dem Umfang der gegen ihn gerichteten Angriffe nichts erfahren hat, ist merkwürdig genug, da die gesamte deutsche Presse wiederholt darauf hingewiesen hat.

Letzte Nachrichten.

Elbing. Risiko der Arbeit. Bei Reimannsfelde wurden Freitag abend zwei Arbeiter von der Hoffuferbahn überfahren; beide sind tot.

Wiesbaden. Bei einem Gerüsteinsturz kamen zwei Arbeiter zu Tode.

München. Infolge einer Eifersuchtsszene gab nachts ein zwanzigjähriges Mädchen auf ihren entfliehenden Liebhaber drei Revolverschüsse ab. Als dieser schrie: „Ich bin getroffen!" schoß sich das Mädchen in die Schläfe; sie war sofort tot, während ihr Liebhaber nur leicht verwundet ist.

New York. Eine entsetzliche Katastrophe ereignete sich in einem Vorort von Cincinati: In einer öffentlichen Schule stürzte der Fußboden der Spielhalle während der Erholungspause ein. 22 Kinder stürzten in einen Keller hinab, worin schmutziges Abzugswasser aus den Kanalisationsleitungen vier Fuß hoch stand. Zehn Kinder kamen bei dem Sturz ums Leben, 9 von den Umgekommenen ertranken tatsächlich in der Jauche. Die Aerzte befürchten, daß sechs der geretteten Kinder an Blutvergiftungen sterben werden, die sie sich in der schmutzigen Flüssigkeit zugezogen haben. — Bei einem Eisenbahnzusammenstoß bei Newmarket gab es zahlreiche Tote und Verwundete; man spricht von 50 Toten und 75 Verwundeten. — Ein Erdbeben fand im Staate Washington statt, in dem größten See des Staates entstanden zwei neue Inseln.

Briefkasten.

Nach zehneinhalbjähriger Tätigkeit habe ich heute die Redaktion des „Lübecker Volksboten" niedergelegt. Ich nehme Anlaß, allen Parteigenossen und den zahlreichen Freunden der Partei für die tatkräftige Unterstützung zu danken, die sie mir, besonders in den ersten Jahren nach der Gründung des „Volksboten", in so reichem Maße haben zu teil werden lassen. Hoch die Sozialdemokratie!

Otto Friedrich.

„Malzgold“.

Mit dem heutigen Tage übergeben wir Herrn Bier-Grosshändler **August Vietig in Lübeck** die Engros-Niederlage unseres **fast alkoholfreien Weizen-Malz-Bieres,** welches wir unter dem gesetzlich geschützten Etiquett

„MALZGOLD“

in den Handel gebracht haben. Das Bier besteht aus erstklassigem Weizen- und Gerstenmalz, Hopfen, Hefe, Zucker, Wasser, und zeigt die Analyse auf dem Etiquett das Resultat des beeidigten Handels- und Nahrungsmittel-Chemikers Herrn Dr. Amsel-Kiel.

Der hohe Extrakt bei einem äusserst niedrigen Alkohol-Gehalt macht unser Produkt zu einem an Bekömmlichkeit unübertrefflichen und ist daher Kranken, Rekonvaleszenten und Kindern besonders zu empfehlen. Der angenehme Geschmack und der, wie aus nebenstehender Analyse zu ersehen, niedrige Alkohol-Gehalt macht unser Produkt zu einem Familien-Getränk allerersten Ranges.

Hochachtungsvoll

Germania-Brauerei in Kiel.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung der **Germania-Brauerei in Kiel** halte ich mich zum Bezug des **hochfeinen „Malzgold“** in Flaschen und Gebinden bestens empfohlen. Der Preis ist auf Mk. **1.20** pro Dtzd. Fl. festgesetzt und ist Malzgold durch sämtliche Kolonialwarenhändler zu beziehen.

Hochachtungsvoll **August Vietig, Biergrosshandlung, Lübeck.**

Analyse.

Spezif. Gewicht	bei 15° C. 1.0361
Extrakt	**9,35** gr. in 100 Ccm.
Alkohol	**0.93** gr. in 100 Ccm.
Säure	1,55 Ccm. Normal Alkali
Mineralstoffe	0,142 gr. in 100 Ccm.
Phosphorsäure	0,054 gr. in 100 Ccm.
Proteinstoffe	0,259 gr. in 100 Ccm

Schaumhaftigkeit und Kohlensäuregehalt des Bieres können als gut, der Geschmack als rein und voll bezeichnet werden.

Auf Grund des vorstehenden Analysenbefundes ist das untersuchte Weizenmalzbier der Germania-Brauerei G. m. b. H. in Kiel als ein sehr extraktreiches, dabei alkoholarmes Gebräu zu begutachten, das infolge seines bedeutenden Nährstoffgehaltes namentlich für Kranke und Rekonvaleszenten, sowie für Wöchnerinnen und infolge seines ausserordentlich geringen Alkoholgehaltes auch besonders für Kinder bestens empfohlen werden kann.

Kiel, den 27. Februar 1904.

Der beeidigte Handels- und approb. Nahrungsmittel-Chemiker.
gez. **Dr. Amsel.**

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an
Chr. Biermann u. Frau
geb. Biermann.

Eine Hangwohnung zu vermieten
Fischergrube 24

Ein freundliches Zimmer
zu vermieten Gg. Bobberg 21 2.

Zum 1. Oktober **eine Wohnung,** 3 Zimmer, Küche, Keller, Stall, Preis 180 Mk.
Wiechmann, Stockelsdorf,
2 Haus Lebe

Umständeholber zum 1. Oktober **eine kleine freundliche Wohnung mit Wasser und Kloset,** passend für einzelne Leute
Schlachterstraße 11

Zu sofort oder später in Fackenburg **eine Wohnung mit Zubehör, Stall u. Garten,** Preis Mk. 130. Näheres
Wilhelm-Theater.

Zu vermieten zum 1. Januar 1905 **mehrere kleine Wohnungen,** mit 2 Zimmer Küche mit Boden, Keller und Boden. Näheres Anzeiger 23 ct. c Wakenitzm 1 a (früher Stoll).

Ältere ruhige Leute suchen zum 1. Januar
eine Wohnung im Preise von 150 bis 200 Mk.
Off. u. A Z an die Exped. d. Bl.

Zu sofort ein Schuhmachergeselle.
K. Kolz, Arnimstraße 20.

Ein gut erhaltenes Sofa
zu kaufen gesucht
Ang. mit Preisang. u. C P an die Exp. d. Bl.

Ein klein. Haus Wahmstr. 46 24
zu verkaufen Näheres Bungenweg 1.

Zu verkaufen eine Halbchaise
Kanonenstraße 14.

Billig zu verkaufen **1,1 geip. u. 1.1 schwarze** sowie **10 rebhuhnf. u. 10 weiße Italiener-Küken.**
J. H. C. Wittloth, Mengstraße 24

Ein gutes komplet. Fahrrad mit Nummer für 45 Mk. zu verkaufen
A. Meyer, Kl. Dankwarderstraße 14.

Achtung!

Mit dem heutigen Tage verlege ich meine Schuhmacherei
nach Geverdesstraße 40
und bitte, mich gütigst unterstützen zu wollen. Für reelle Bedienung wird gesorgt.
Frau Rob. Schmidt Ww.

Empfehlungs-Karten
liefern prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten

Uhren reinigen . 1,50
Federn einsetzen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Aecht Franck, Kaffee-Zusatz
mit der Kaffeemühle,
in ½ Pfund Kaffeepackungen überall käuflich.

Eine kleine Beigabe genügt!

Bekanntmachung.

Die General-Vertretung von unserem
Export-Weizen-Malzbier
für Lübeck und Umgegend haben wir
Herrn **Adolf Bogaske, Lübeck, Dorotheenstraße 1,**
übertragen und wir bitten die Abnehmer sich an unseren Vertreter gefl. wenden zu wollen.

Hochachtungsvoll
Städtische Broyhan-Brauerei
in Hannover.

Auf Vorstehend empfehle ich ganz besonderer Güte **Export-Weizen-Malzbier** à Flasche 1. Mk. abgeliefert. Selbiges ist ein reines Tafelgetränk und wird ärztlich empfohlen bei Verdauungsstörungen, für stillende Mütter und Ammen, Kinder, Blutarme, Rekonvaleszenten und Bleichsüchtige.

Bestellungen von 10 Flaschen frei Haus.

Hochachtungsvoll **Adolf Bogaske,** Dorotheenstraße 1.

NB. Preislisten werden gratis.

Samson & Co.

Photographisches Atelier I. Ranges
mit billigen Preisen
39 Breitestraße 39

Die Ausstattung unseres Ateliers ist mustergültig. Sehr schöne wirkungsvolle **Hintergründe,** geschmackvolle, modernste **Dekorationsgegenstände,** verbunden mit brillanten **Lichtverhältnissen.** Schaffen Ihnen in jeder Beziehung ein künstlerisches **Porträt.**

Für Haltbarkeit unserer Bilder übernehmen wir
dieselbe Garantie wie sämtliche hiesige Photographen.

Aufnahmen finden bei jeder Witterung statt.

12 Visites bei tadelloser Ausführung von 1.80 Mk. an
12 Cabinets „ „ „ „ 4.90 „ „

! Billig heute abend !
Sieben Kommißbrod zu Lot Mk. 45 Pfg.
Fr. Möller, Schreinerstraße Nr. 86
b. d. Gr. Gröpelgrube.

Jeden Montag von fünf Uhr nachm. an:
Eimerbier
sowohl in meiner Brauerei **Wahmstraße 32** als auch auf meinen bekannten Verkaufsstellen
Ernst Schnür, Brauerei und Bierverlag.

Fahrrad-Haus. H. A. Hill
Vernickelungs- und Emaillieranstalt. Johannisstr. 9.
Größte Reparaturwerkstatt Lübecks.
Mäntel, früher 7 Mark jetzt **Mk. 5,50**
Schläuche, früher 4 Mk. jetzt **Mk. 2,80**
Centrum Mäntel, früher 10 Mk., jetzt **Mk. 8,00**
Tadellose frische Ware, volle Garantie.
Neue Fahrräder, 1 Jahr Garantie, Mk. 85.

Unter Garantie der Haltbarkeit werden neue emaill. Böden unter alte emaill. Töpfe gesetzt Mengstraße 19.

G. V.

Morgen Dienstag, abds. 8½ Uhr.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 27. Septbr.
abends 8 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**

Tages-Ordnung:
1 Vortrag des Kollegen Schöbel über: **„Geistige Epidemien“.**
2 Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Lokalverwaltung.

Stadt-Theater.

Dienstag den 27. September 1904.
4. Vorstellung. 1. Dienstags-Abonnement.

Der Dieb (Scrupules).

Hierauf, neu einstudiert,
in der Einrichtung des Dresdener Hoftheaters.

Die deutschen Kleinstädter.

Lustspiel in 4 Akten von August von Kotzebue.

Circus Variété.

Täglich:
14 Araber.

Lotte Sebus, Vortragssoubrette.
Willy Rossio, Meisterschaftsjongleur
Sisters Mac Lord, akrobat Tänzerinn.
Ceenewood, Kings Jester.
Wally Lenau, Operettensoubrette.
Chr. Rügamer, Grotesque-Humorist.
Schwestern Lindström, schwedisches Duett.

Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Erlebach — Verleger: Theodor Schmidt — Druck von Schmidt, Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 227. Dienstag, den 27. September 1904. 11 Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Bremen, den 23. September 1904.

Vierter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Dietz eröffnet die Verhandlungen.

Heinrich Schulz-Bremen erklärt, daß er bei der Abstimmung im Fall Schippel teilzunehmen verhindert gewesen sei, daß er aber gegen das Amendement Freythaler gestimmt hätte.

Von den Parteigenossen Jenas wird für die Abhaltung des nächsten Parteitages in Jena dadurch Propaganda gemacht, daß sie unter den Delegierten Ansichtspostkarten verteilen, auf denen der neue Volkshaussaal in Jena abgebildet ist.

Der Parteitag fährt in der Tagesordnung fort beim Punkt „Kommunalpolitik". Vom Referenten Abg. Dr. Lindemann-Stuttgart liegt die von uns jüngst schon mitgeteilte Resolution vor.

Abg. Dr. Lindemann als Referent führt aus: In München wurde die Verhandlung nach dem Referate abgebrochen. Eine Kommission sollte nach genügender Erörterung ein Kommunalprogramm ausarbeiten und vorlegen. Aus beiden ist nichts geworden. Aber meine Resolution hat dem Parteivorstand und der Kontrollkommission vorgelegen. Nach dem Wunsche des Münchener Parteitages ist der ganze praktische Teil bis auf die kommunale Arbeiterpolitik weggeblieben. Meine Resolution hat nur eine ausführliche Kritik durch Segitz erfahren, auf die ich noch zurückkomme. Bei der Geschäftslage verzichte ich auf ein ausführliches Referat und beschränke mich auf kurze Erläuterungen zu meiner Resolution. Im ersten Teile sage ich kurz zusammengefaßt, daß wir auch in der Gemeinde Sozialdemokraten sind und den Grundsätzen des allgemeinen Programms folgen. Wir bestimmen den Umfang der Gemeindetätigkeit einmal dadurch, daß sie die Bedürfnisse der Einwohner befriedigen soll und andrerseits einen verhältnismäßig engbegrenzten lokalen Verwaltungskörper. Wir entwerfen danach die Grundzüge der Gemeindeverfassung. Die ältere Form derselben ist die Bürgergemeinde, die allmählich mit der Entwicklung der Industrie und der Ausbreitung des Tätigkeitsfeldes der Gemeinden durch die Mitwirkung aller seit kurzer Zeit am Orte befindlichen mündigen Männer, die Einwohnergemeinde, verdrängt wird. Diese Entwicklung weiterzuführen und zu beenden, ist unsre Aufgabe. Das bedingt Aufhebung aller Besitzprivilegien und Bürgernutzungen, das heißt deren Verwendung zugunsten der Gemeinde. Wie wir hier den Gegensatz zwischen wahlberechtigten Bürgern und bloßen Einwohnern aufheben wollen, so den zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, zwischen Gemeinderat und Bürgerausschuß oder wie diese Institute sonst heißen. Wir fordern das Einkammersystem zur Vermeidung der Konflikte zwischen zwei ständig rivalisierenden Körperschaften und zur Vereinfachung der kommunalen Verwaltung. Daß das Fehlen der Berufsbeamten nichts schadet, beweisen die englischen Kommunen, an deren Spitze selbst als Ehrenbeamter ein Oberbürgermeister steht. Das Hilfsmittel der englischen Kommunalverfassung ist das Ausschußsystem, das sich leicht und schnell jedem neuen Bedürfnis anpaßt.

Nach der Feststellung des für uns selbstverständlichen Wahlsystems wenden wir uns zur Frage der Zentralisation und Dezentralisation, zum Aufsichtsrecht des Staates über die Gemeinde. Wir wollen dem Staat wie jedem Bürger das Recht geben, Kenntnis zu nehmen von der Tätigkeit der Gemeinde und diese, wenn sie ungesetzlich ist, vor Gericht zu beanstanden. Wir sprechen aber dem Staate das Mitwirkungs-, das Widerspruchs-, das Befehlsrecht ab, das der Staat jetzt hat. Das würde auch den Uebergang der Ortspolizei in die vollständig freie Verfügung der Gemeinde bedingen. Ich wende mich nun der städtischen Finanzverwaltung zu. Das Gemeindesteuerwesen muß durch besonderes Staatsgesetz geregelt werden, weil die in den Rathäusern herrschenden Klassen nur ihre Interessen berücksichtigen. Diese Beschränkung der Autonomie der Gemeinden muß erfolgen, weil selbst die Landtage immer noch bessere Steuergesetze machen werden, als die in den Kommunen herrschenden Klassen. Auch die Einheitlichkeit spricht dafür. Es geht nicht an, daß die Steuerregelung durch die Stadt der des Staates direkt widerspricht und ihre Wirkungen aufhebt. Wir beschäftigen uns hier nur mit dem öffentlichen, nicht dem privatwirtschaftlichen Einkommen der Gemeinden. Da verlangen wir das Recht der Zuschläge zu den direkten Staatssteuern oder, so diese nicht bestehen, das Recht, Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern und Einkommensteuern einzuführen. Wenn wir die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses von Grund und Boden verlangen, so deshalb, weil fast alle Verwaltungsakte der Behörden auf den Wert von Grund und Boden Einfluß haben. Wir haben dieses nicht eigentlich kommunale Steuerobjekt nur in der Form der sehr rohen, mechanischen, leicht auf die Mieter abwälzbaren Umsatzsteuer. Dagegen habe ich die andern bürgerlichen Steuervorschläge, Besteuerung nach dem gemeinen Wert 2c. gar nicht erwähnt, weil sie nur die Besitzer von Arbeiterwohnhäusern mit hohem Ertragswert begünstigen. Von dieser Erleichterung der Arbeiterwohnhäuser kommt nichts den Arbeitern, alles den Hausbesitzern zugute. Nur der kleine Grundbesitz wird dazu gezwungen, zu verkaufen und schneller zu bebauen. Die größere Spekulation ist stark genug, auch diese Steuer zu zahlen.

Bei den städtischen Gebühren unterscheiden wir solche, für die ein Entgelt zu zahlen wäre, und solche, die gänzlich freistehen. Dagegen, daß zu letzteren alle Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitspflege gehören, hat Widerspruch beim Genossen Segitz wie beim Oberbürgermeister Adickes gefunden. Dieser erblickte darin einen „gänzlich unberechtigten Kommunismus der höheren Klassen", will die Unentgeltlichkeit nur für die nicht besitzenden Klassen feststellen. Ferner soll diese Unentgeltlichkeit den Charakter eines städtischen Lohnzuschusses tragen und die Selbständigkeit, ein moralisches wertvolles Gut, vernichten. Aber gerade weil wir diese Institute für alle unentgeltlich machen, nehmen wir ihnen den Charakter der Armenunterstützung, und der Zuschuß ist durchaus wünschenswert zur Ergänzung des jetzt für alle Kulturbedürfnisse unzureichenden Lohnes. Der Umfang der Unentgeltlichkeit bestimmt sich nach dem Reichtum der Gemeinde. Es soll und kann hier nicht geleugnet werden, daß die Beseitigung der Unentgeltlichkeit für die Reichen Mittel für andere Zwecke freimachen kann. Aber z. B. eine sehr interessante Statistik aus Frankfurt mahnt doch zur Vorsicht in der gleichmäßigen Erhöhung des Schulgeldes der höheren Anstalten, denn ein sehr hoher Prozentsatz der Eltern von Schülern höherer Lehranstalten hat ein Einkommen bis zu 3600 Mk. Auch sehen wir, daß Leute mit vielen hunderttausend Mark Einkommen sich nicht scheuen, bis zu 300 Mk. städtischen Zuschusses für ihr Kind anzunehmen, während sie in den Volksschulen, wo der Zuschuß nur 77 Mk. pro Kopf beträgt, die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel ablehnen. Das ganze soll zeigen, ein wie zweischneidiges Schwert die unbegrenzte Ausdehnung der Unentgeltlichkeit ist. Es darf hier nicht auf allen Gebieten schematisch verfahren werden. Aber zwei Gebiete habe ich herausgegriffen, die unbedingt unentgeltlich benutzt werden müssen: die Volksschule und die Anstalten zur öffentlichen Gesundheitspflege. Hiermit entgegne ich meinem Kritiker Segitz, daß, wenn nach unserm Wunsche nur eine Klasse besteht, die Benutzung der Heilanstalten durch die besitzenden Klassen sehr gering sein wird. Ferner hat bei diesen Einrichtungen die Gemeinde oft ein überwiegendes Interesse daran, daß sie von den Kranken benutzt werden. Für die Abmessung der Tarifhöhe soll der sozialpolitische Grundsatz der Leistungsfähigkeit der niederen Klassen entscheidend sein. Heute, wo die kaufmännischen Prinzipien allein die Höhe der Festsetzung der Gebühren bestimmen, werden gerade die ärmeren Klassen am schwersten belastet. Ob städtische Betriebe Ueberschüsse bringen dürfen, dafür gibt es keine Entscheidung in meiner Resolution, weil sich eine Uebereinstimmung nicht hat erzielen lassen. Ich persönlich verwerfe jede Ueberschußwirtschaft. Es gibt Gemeinden, die bis 8 Pfg. Ueberschuß pro Kubikmeter Gas erzielen. Das Ueberschußsystem wälzt die Steuern von den durch eine Einkommensteuer zu treffenden auf die Konsumenten ab, die Benutzer der Straßenbahnen und all den anderen auch für die kleinen Verbraucher wichtigen Instituten. Damit komme ich zurück zu der viel angefeindeten Forderung staatlicher Zuschüsse für Volksgesundheitswesen, Armenpflege, Wegebau und Schulwesen. Damit sage ich nicht entgegen unserm Programm, daß der Staat nicht Schulherr sein soll. Nur die Ausführung der Gesetze, auch der Schulgesetze, soll den Kommunen übertragen sein und zwar in eigener Zuständigkeit (Dr. Arons: Sehr richtig!) Damit halten wir die Möglichkeit offen, daß reiche Gemeinden über die Minimalforderungen hinausgehen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: staatliche Zuschüsse und Aufrechterhaltung der Selbständigkeit oder Verstaatlichung der Schule, die die absolute Herrschaft der Bureaukratie bedeuten würde. — Ueber den vierten Absatz, die Forderungen für die Arbeiter der Gemeinde, sind wir alle einig. Der Schlußsatz der Resolution gibt noch einen Weg, wie kleine, leistungsunfähige Gemeinden durch Zusammenlegung zu Gemeindeverbänden gekräftigt werden können. Sie bilden den Uebergang zu den höheren Selbstverwaltungskörpern, die uns in Deutschland noch ganz fehlen. Auch die staatlichen Beamten haben einen Zwittercharakter, sind ausschließlich in den Händen der Großgrundbesitzer und haben keine weitergehenden Rechte. Wir bedürfen eines neuen Verwaltungsgesetzes mit wirklichen Selbstverwaltungskörpern, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts entstanden sind. Zum Schlusse lassen Sie mich die Hoffnung aussprechen, daß in der jetzt beginnenden Debatte trotz der bestehenden Differenzen sich Einheit über die ersten drei Abschnitte ergeben wird. (Lebh. Beifall.)

In der Diskussion erklärt sich

Schmid-München (Magistratsrat) für die Resolution Lindemann. Eine Ergänzung ist nicht notwendig, im Gegenteil, mir ist die Resolution zu spezialisiert. Etwas weniger wäre hier mehr gewesen, aber sie ist vortrefflich durchgearbeitet und ebensogut begründet. Sie kann für die Genossen im Lande sehr gut als Leitfaden dienen. Man soll die Resolution aber nicht für ein Aktionsprogramm halten, denn gar viele der Verhandlungen sind nicht im Rathause, sondern in den Landesparlamenten zu erledigen. Hier wird man also für Verwirklichung der Resolution wirken müssen. Sie ist die Grundlage für ein Aktionsprogramm: Ein solches ist außerdem noch nötig. Ohne ein solches können wir erfolgreich keine Kommunalwahlen machen.

Lange-Leipzig: Prinzipiell läßt sich gegen Resolution und Rede Lindemann's nichts einwenden. Besser wie das bestimmte Programm ist, daß sich die Genossen um die Kommunalpolitik ihres Ortes mehr kümmern als bisher. Für das Wahlrecht in die Kammern wird heute noch die Staatsangehörigkeit verlangt. Es muß dahin gewirkt werden, daß die Erwerbung der Staatsangehörigkeit erleichtert wird und die Orgien aufhören, die der Bureaukratismus auf diesem Gebiete treibt. Genosse Lindemann hat Regelung der Gemeindesteuern durch den Staat gerade mit Berufung auf Sachsen gefordert. Aber wir selbst stehen auf entgegengesetztem Standpunkt. Es ist nicht immer wahr, daß der Landtag die besseren Gesetze macht. Die Zentralregierung ist bei uns urreaktionär und kann bei uns in Sachsen nur von den Kommunen aus bekämpft werden. Die Wertzuwachssteuer kann ich nur als Steuerquelle gelten lassen, nicht als Allheilmittel für die soziale Frage. Eine Forderung vermisse ich: die Einheitlichkeit der Volksschule.

Hoch-Hanau: Die Fassung der Resolution ist nicht

Die Hosen des Herrn von Bredow.

Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

(25. Fortsetzung.)

Elftes Kapitel.

Kloster Lehnin.

„Hier, gebt mir Eure Hand, Junker, oder faßt lieber meine Stange an, ein Schritt links oder rechts ab, und Ihr seid verloren", sprach der Knecht Ruprecht.

Sie waren aus dem Dickicht des Waldes in die dumpfige Niederung hinabgestiegen, welche sich noch heut in weitem Halbkreis um Ort und Kloster fortzieht. Hier war kein Steg, kein Pfad zu sehen, ob doch die Dämmerung schon in den weiten Lug schien; nur Elsenbüsche, verräterisches Schilf und offene Lachen. An dieser Stelle ging der Führer selbst unschlüssig und prüfte vorher das trügerische zitternde Erdreich, hier wand er sich in weitem Umkreis um mannshohe Rohrbüschel und gelangte nur durch einen Sprung mit der Stange hinüber, die er dann seinem Gefährten zu gleichem Dienste zurückließ.

Jetzt standen sie ungefähr in der Mitte des Moors. Weithin zur Linken blickten einige Lichter aus den Klostergebäuden, während ringsum nur die dunklen Föhrenwälder im Nachtkleide ihre ungastlichen S[illegible] [illegible]ufen. Ruprecht blieb stehen, und schaute nicht unruhig, [illegible] bedächtig, nach Luft und Erde und den [illegible] Winden.

Wir hätten doch besser getan, den großen Weg über den Damm und den Ort einzuschlagen."

Ruprecht schüttelte den Kopf: „Daß [illegible] die Hunde geweckt und dem Dieb die Spur gezeigt."

„Ruprecht, bleiben wir länge[illegible] unter mir bricht es schon."

Der Knecht winkt [illegible] die Stellung zu wechseln, wie er selbst tat; „Hört Ihr [illegible] Glocken?"

Es läutete vom Kloster zur Frühmette. Ruprecht faltete still die Hände; Hans Jürgen folgte unwillkürlich seinem Beispiel. Nach einer Weile hörte man über das Wasser den Chorgesang der Mönche. Als sie ausgesungen, wandte sich der Knecht zum Junker: „Wills Euch nur gestehen, wußte 'nen Augenblick auch nicht aus und ein. So, nun sehe ich wieder klar; ich finde schon. Denke mir nun so, wie muß denen dazumal gewesen sein in der alten Zeit, die hier verirrten, und in der Wildnis war kein Licht, keine Glocken und kein Gesang!"

„Sie sagen, das sei das erste Kloster, was sie in den Marken gebaut."

Ruprecht nickte: „Muß doch grauslich gewesen sein in solchem Land, wo der Teufel sein Wesen trieb, ungestört und überall umher nichts als Wald und Sumpf voll Bären und Heidenmenschen. Wo kein Heiliger war und keiner einen Schutzpatron hatte, wie man da nur durchkam durch die Finsternis und das Kobolds- und Hexenzeug, das jetzt noch so fest sitzt, und die Geistlichen können's nicht ausrotten."

Hans Jürgen hatte gehört, das komme davon, weil die Mönche jetzt nicht wären wie sonst.

„Sie sind Schlemmer und Tunichtgute, das ist schon recht, aber die Glocken haben sie noch. Ohne die hätten die Geister schon längst wieder Oberwasser. Das war wohl ein gut Werk, daß sie grad' hier das Stift gründeten, was es auch kosten tat an saurer Arbeit und auch Menschenblut. Da drüben bei Namitz erschlugen die Wendischen den Abt Seebald. Man sieht noch den Stock vom Baum, wo sie ihn runter schüteln wollten, aber da er sich festhielt, sägten sie den Baum ab und schlugen ihn dann tot, was auch die Mönche den Heiden Lösegeld boten. Friede seiner Seele! Ob sie den Frieden hat, das weiß ich nicht. Denn die Leute hierum sprechen anders als in den Kirchenbüchern zu lesen steht. Mehr als einer sah ihn im Dämmerlicht auf dem Stumpf sitzen, und wenn man ihn anrief, huschte es in den Wald."

Hans Jürgen hatte immer nur gehört von dem frommen Abt Seebald, der ein Märtyrer geworden, weil er zu den Bauern umherging, in die schlechteste Hütte, um sie zu bekehren.

Ruprecht machte ein eigen Gesicht: „Davon sollte man eigentlich hier nicht sprechen, aber die Bauern meinen, zum Bekehren ist er wohl ausgegangen, aber ihm war's mehr um die Frauen zu tun, als die Männer. Einst kam er in Namitz in eines Fischers Haus, und die junge Frau, die grade buk, kriegte einen Schreck und wußte sich nicht anders zu verstecken, als sie kroch unter den Backtrog. Da, als der Abt sie nicht sah, setzte er sich auf den Trog und wollte warten bis sie käme. Doch ihre kleine Tochter lief erschrocken aufs Feld und schrie: Vater! Vater! der Abbat sitzt auf der Mutter. Da liefen sie alle vom Felde und schworen ihm den Tod. Als der Abt sie nun herankommen hörte, mit Mistgabeln und Sensen, lief er, was er laufen konnte, aus dem Hof in den Wald. Sie hinter ihm drein, und da er nicht weiter konnte, denn er war dick, kletterte er auf eine alte Rüster und darauf kam denn die Geschichte. Alle die Mönche waren erschrocken über den wilden Grimm der Heiden, daß sie das Kloster wieder verlassen wollten und auswandern, und es wäre geschehen, wäre ihnen nicht da am Ausgang der heilige Johannes erschienen, grad' wie er dem Wußo erschienen."

Derweil hatten sie das Ende der Niederung erreicht, zwar oft bis unter die Knöchel im Wasser schreitend, doch ohne weitere Fährlichkeiten, und die Hallen des alten Lehniner Waldes, schlanke, himmelhohe Kiefern mit uralten Eichen untersprenkelt, nahmen die Wanderer unter ihrem Schattendach auf.

Wohl hatte Hans Jürgen von seinem Ahnherrn Wußo gehört, aber das war dunkles Gerede gewesen, auf das er wenig geachtet, hier in den feierlichen Waldhallen, durchschauert vom Morgenhauch, klang es anders.

Wußo war ein wilder Heide gewesen, der nur gedürstet

in allen Punkten genügend klar. In einigen Punkten halte ich sie für unpraktisch und mißverständlich. Die Forderungen, die an die Landes- und Reichsverwaltung zu stellen sind, hätten fortfallen sollen. Besonders gilt das für den Satz: Das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln. Eine Gemeinde ist doch besser als die andere, man kann doch nicht alle Gemeinden über einen Kamm scheren. Man sollte besser sagen, daß nur solche Steuern erhoben werden, die den Einwohnern nach ihrem Einkommen und Besitz auferlegt werden, also progressive Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Wertzuwachssteuer. Auch die völlige Gegnerschaft gegen Ueberschüsse bei gemeinnützigen Institutionen ist nicht zu billigen. Deshalb kann ich Ihnen die Annahme der Resolution Lindemann in Bausch und Bogen nicht empfehlen, obwohl ich fürchte, daß Sie es tun werden. Ich habe Ihnen einige Abänderungsvorschläge gemacht; vielleicht prüfen Sie auch diese gewissenhaft.

Abg. Dr. Südekum: Der Klassenkampf muß auf keinem anderen Gebiete so intensiv gekämpft werden wie in der Gemeinde. Alle ihre Mittel wie die des Staates werden aufgewandt, um die Arbeiter von der Verwaltung auszuschließen. Deshalb steht sie im engsten Zusammenhange mit der allgemeinen Politik, und ein allgemeines Kommunalprogramm ist überhaupt unmöglich. Aber Dr. Lindemann hat ja auch nur gleichsam Prolegomena (Vorreden) zu jedem künftigen Gemeindeprogramm herausgegeben. Darum sind Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten so schlimm nicht, wie Hoch meint. Ich glaube auch nicht, daß Genosse Lindemann der staatlichen Bureaukratie und Reaktion zu große Macht auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung eingeräumt hat. Gewiß ist alles, was wir von staatlicher Steuergesetzgebung sagen, in gewissem Grade Zukunftsmusik, so lange wir im Parlamente des größten deutschen Bundesstaates noch gar nicht vertreten sind. Wie eingehend immer Aktionsprogramme sind, alles können sie nicht regeln. So erhalte ich als Herausgeber der „Kommunalen Praxis" täglich die allerverschiedensten Anfragen. Wenn ich hinzufüge, daß das Hauptgebiet unserer Tätigkeit und Wirksamkeit in den kleinen Gemeinden liegt, so komme ich dazu, Ihnen die Errichtung einer Zentralauskunftsstelle, vielleicht im Anschluß an das Zentralarbeitersekretariat, zu empfehlen. Redner bittet zum Schluß um Annahme der Resolution Lindemann und des Antrages Lange.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik bei Siemens u. Halske in Berlin ist Donnerstag für beendet erklärt worden, nachdem in mehrstündigen Verhandlungen am Mittwoch die Hauptforderungen der Streikenden bewilligt worden sind. Die Arbeiter aller Berliner Werke hatten gleichfalls mit Arbeitseinstellung gedroht. — In Hörde stellten wegen Lohndifferenzen die Maurer die Arbeit ein. — Der annähernd 14 Tage währende Ausstand der Zwicker der Schuhfabrik von Ludwig Kopp in Pirmasens hat Donnerstag sein Ende gefunden. Die Ausständigen haben, nachdem der Fabrikantenverein geboten hatte, sämtliche Fabriken zu schließen, die über die Koppsche Fabrik verhängte Sperre auf. Die Firma, die inzwischen durch Beschaffung von Zwickmaschinen die Ausständigen zu ersetzen gesucht hat, wird von den Ausständigen — etwa 70 an der Zahl — ungefähr 30 wieder einstellen.

Eine neue große Aussperrung. Die Generalversammlung der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten hat am Mittwoch beschlossen, zunächst 50 Prozent aller in den Betrieben der Vereinigung beschäftigten Arbeiter auszusperren. Die Aussperrung dürfte eine Folge davon sein, daß die Metallschleifer, Galvaniseure und Hilfsarbeiter beschlossen, gemeinsam mit den Drückern und Gürtlern Forderungen zu unternehmen. Es kommen 12000 Arbeiter in Frage kommen. — Auch die Firma Wertheim hat eine Anzahl Metallarbeiter ausgesperrt, weil diese eine Verschiebung der Arbeitszeit wünschten.

Internationale Streikstatistik. Die zahlreichen und teilweise überaus umfangreichen Ausstände in den Vereinigten Staaten von Nordamerika verleihen der internationalen Streikbewegung noch ein überaus lebhaftes Gepräge. Wieder im Juli dieses Jahres noch im August des Vorjahres waren in den hauptsächlichsten Industrieländern zusammen soviel Arbeiter ausständig wie im August dieses Jahres. In den Vereinigten Staaten dauerte der große Ausstand der Bergarbeiter in den Großschlächtereien auch während des August noch an. Dazu kamen Streiks im Baugewerbe, in der Eisen- und Maschinenindustrie und vor allem im Bergbau. In Newyork ist eine völlige Stockung der Bautätigkeit eingetreten, indem durch eine Aussperrung gegen 100000 Arbeiter feiern mußten. Weniger stark als in den Vereinigten Staaten ist die Streikbewegung in den europäischen Industrieländern sowohl gegenüber dem Monat Juli als auch gegenüber August 1903 angestiegen. In Deutschland, Frankreich und England zusammengenommen hat sich die Zahl der Streikfälle von 131 im Juli auf 149 im August erhöht. Die Zahl der Beteiligten ist für England und Frankreich, für welche Länder schon Angaben vorliegen, von 23217 auf 26635 gestiegen. England für sich allein betrachtet zeigt freilich gegenüber Juli einen starken Rückgang in der Streikbewegung. Die Gesamtdauer der Streiks, die während des Monats August neu begannen oder noch fortdauerten, betrug 228000 Arbeitstage gegen 262800 im Monat Juli und 266000 im August 1903. Eine erhebliche Anschwellung weist dagegen wieder die Streikbewegung in Frankreich auf. In der belgischen Glasindustrie führten Lohnstreitigkeiten und Einzelstreiks zu dem Beschluß der Glashüttenbesitzer, vom 1. September ab die Hütten, die über 12000 Arbeiter beschäftigen, zu schließen. Einen erneuten Aufschwung nahm die Streikbewegung in Italien. In den Reisfeldern von Molinella streiken die Reisarbeiter, im Tiefland von Gonzaga mehr als 2000 Erdarbeiter, in Venedig die Bäckergehilfen und ungefähr 2000 Glasperlarbeiterinnen, in Mailand 400 Arbeiter einer Seidenfabrik, in Rom ein Teil der Droschkenkutscher. Die verhältnismäßige Ruhe in Spanien wurde durch einen Generalstreik in Saragossa unterbrochen, der zur Schließung sämtlicher Geschäfte geführt hat. In Rußland ist von größeren Ausständen nur der allgemeine Maurerstreik in Warschau zu erwähnen, an dem sich über 9000 Arbeiter beteiligten. Er dauerte Ende des Monats noch an.

Die Einigung der französischen Partei war Gegenstand der Verhandlungen innerhalb der sozialistischen Federation der Seine (Jaurèsisten). Zu einem Abschluß wurde die Diskussion nicht gebracht, sondern die Abstimmung wurde vertagt; die Ausführungen einiger Redner waren jedoch bemerkenswert genug, um hier wiedergegeben zu werden. Gaudrilli, der zuerst das Wort nahm, sprach sich für die Einigung aus; man müsse Disziplin zeigen und Mittel und Wege suchen, um die Einigung herbeizuführen. Die Hindernisse sieht er in der Taktik, welche die Majorität der parlamentarischen Gruppe befolgt und in der ständigen Mitarbeit an der Politik des bürgerlichen Ministeriums. Aber auch die guesdistische Partei müsse Konzessionen machen. Orry dagegen trat für die Weiterbefolgung der jetzigen Taktik ein. Er erinnerte daran, daß die parlamentarische Gruppe auf Anweisung des Interfederalen Komitees mit den republikanischen Gruppen in Verbindung getreten sei. Er ist überzeugt, daß, wenn der Bloc beseitigt wird, wenn die sozialistischen Deputierten diesen verlassen, das Ministerium fallen wird; damit würden alle Gesetze, welche das Proletariat mit ebenso großer Ungeduld erwartet, wie die Ewigkeit, auf den Nimmerleinstag verschoben. Jegou wünscht die Einigkeit sobald als möglich herbeigeführt. Der Nationalrat müsse die Deputierten auffordern, die Verbindung mit dem Bloc zu lösen. Man müsse sich den Beschlüssen der internationalen Kongresse unterwerfen; das hindere nicht, daß man jedesmal, wenn die Republik in Gefahr sei, diese verteidige. Nach dem Versuch ministerieller Politik, müsse die Partei zurückkehren und sich ohne Hintergedanken der Dresdener Resolution unterwerfen. Longuet bekämpfte die Argumente Orrys, namentlich die Auffassung, daß das Ministerium fallen werde, wenn die sozialistischen Deputierten den Bloc verlassen. Er habe nicht den Wunsch, den Fall des jetzigen Ministeriums herbeizuführen, wenn die Sozialisten außerhalb des Blocs sind. Auf alle Fälle müsse man mit dem politischen System der Zusammenarbeit brechen, bei welchem die sozialistische Partei alles gäbe, aber nichts empfange. Das parlamentarische Milieu und die permanente Mitarbeit am bürgerlichen Bloc schwäche das Klassenbewußtsein der Deputierten. Die Entscheidung über die vorliegenden Resolutionen wurde, wie schon erwähnt, vertagt.

Aus Nah und Fern.

Bureaukratenstil. In Tegel bei Berlin wohnt ein Arbeiter S. mit einem Mädchen, das er nächstens ehelichen will, in einer Stube zusammen. Auf erfolgte Denunziation hin hat der Amtsvorsteher von Tegel an die beiden jungen Leute je folgende Verfügung erlassen: „Nach einer hier eingegangenen Anzeige bewohnen Sie mit der unverehelichten K. zusammen im Hause Schlieperstraße 63 ein Zimmer. Dieser Zustand kann ferner nicht geduldet werden, und erhalten Sie hiermit Auflage, sofort das Zusammenwohnen mit der p. K. aufzugeben. Ferner wird Ihnen hiermit das Aufliegen beieinander, sowie das Zusammenwohnen in demselben Hause verboten." Angedroht war eine Geldstrafe von 30 Mk. evtl. 3 Tage Haft. Da die jungen Leute den behördlichen Ukas unbeachtet ließen, erfolgte vier Tage später eine neue Verfügung, wonach die vorher angedrohte Geldstrafe verwirklicht war. Und wieder hieß es: „Gleichzeitig verbiete ich nochmals das Zusammenwohnen und Aufliegen beieinander. Für jeden Tag der Uebertretung werde ich eine weitere Strafe von 30 Mk. evtl. 3 Tage Haft gegen Sie festsetzen." Durch das inzwischen erfolgte Aufgebot haben sich nunmehr die beiden jungen Leute die obrigkeitliche Genehmigung zum Zusammenwohnen und „das Aufliegen beieinander" erwirkt.

Der Aberglaube als Erzeugnis der konfessionellen Schule. Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind. Nachdem die Kirche sich in den Schulen mit Staatshilfe bemüht hat, das Volk zum Glauben an überirdische Dinge zu erziehen, ist es ihr manchmal unbequem, daß der Wunderwahn sich zuweilen nach einer Richtung lenkt, welche der Kirche nicht gefällt. Die „Berl. Volkszeitung" berichtet: In Sandowitz, im Ballestremschen Wahlkreise, in unmittelbarer Nähe von Groß Strehlitz, der oberschlesischen Kreisstadt, machte vor einiger Zeit eine alte Frau eine andere auf eine seltsame Spiegelung aufmerksam, die die untergehende Abendsonne auf einem Giebelfenster des Schulhauses hervorbrachte. Die beiden frommen Alten wurden sich bald darüber einig, daß hier nur eine Erscheinung der Mutter Gottes in Frage kommen könne. Und siehe, kaum war ihnen der Gedanke gekommen, da unterschieden sie schon deutlich in bunten Konturen die heilige Mutter mit dem Jesuskindlein auf dem Schoße. Ein goldiger Kranz wob sich schillernd um das heilige Bild; Kirchturmspitzen und Heiligensarkophage erschienen im Hintergrunde. Und betend knieten die beiden Frauen an der geheiligten Stätte nieder. Wie ein Lauffeuer durcheilte die Kunde von der Erscheinung das polnisch-katholische Dorf, und im Umsehen waren Hunderte von Gläubigen vor dem wunderbaren Fenster versammelt und ließen ihre frommen Lieder gen Himmel steigen. Auch der Erzpriester des Sprengels kam herbei und trat mit dem Lehrer in den Schulraum, dessen Fenster das wunderbare Bild zeigte. Und siehe es zeigte sich, daß die Abendsonnenstrahlen, schräg auf ein buntes Bild der deutschen Kaiserin auffallend, sich farbig in der Fensterscheibe brachen und so einen eigentümlichen Reflex schufen, aus dem gläubige Seelen allerlei herauszulesen vermochten. Der geistliche Herr legte der harrenden Menge die Sache klar, doch wüstes Murren schallte ihm entgegen. Da suchte der Lehrer in guter Meinung dem Irrwahn ein Ende zu machen und nahm das Bild der Kaiserin von der Wand herunter, um es an anderer Stelle wieder aufzuhängen. Doch er mußte es schleunigst wieder an seinen alten Platz bringen, wenn er von der empörten Menge nicht gesteinigt werden wollte. Man griff nun zu einem andern Aushilfsmittel und ersetzte die „wunderbare" Scheibe durch eine neue, die mit Zinkweiß und Firniß überstrichen war. Aber, o wunder, zwar schwächer, aber immerhin doch erkennbar, schimmerten die farbigen Linien hindurch . . . Meilenweit eilen die Gläubigen herbei. Die Kirchen stehen verödet, und die Priester predigen vor leeren Bänken. Denn alles eilt nach Sandowitz. Der Schänkwirt des kleinen Dorfes, der vorher kaum 3 Mark Tagesumsatz hatte, nimmt jetzt jeden Tag durchschnittlich an 500 Mark ein." — Der Vorgang beweist wieder, wie notwendig die Abschaffung der konfessionellen Schulen und die Hebung der Volksbildung ist.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 23. September 1904.

Butter.

I. Qualität	Mk. 121—128
II. Qualität	„ 100—112
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	„ 85—95
Schlesw. und holst. Bauernbutter	„ 70—75
Russische und ähnliche	„ 96—106
Galizische und ähnliche	„ 83—86
Finnische Waare	„ — —
Amerikanische	„ — —

Lübecker Marktpreise vom 24. Sept.

Bauern-Butter Pfd. 1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hasen Stck. 3,60 Mk., Enten Stck. 2,70 Mk., Hühner Stck. 1,60 Mk., Küken Stck. 1,— Mk., Tauben Stck. 0,50 Mk., Gänse Pfd. —,65 Pf., Flickgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,40 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 8 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karotten Pfd. — Pfg., Kerauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 24. September.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1860 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandtschweine, schwere 53—55 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 44—49 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pro 100 Pfund.

---

nach dem Blute der Fremden, welche eine fremde Sitte und einen fremden Gott in das Land seiner Väter einführen wollten. Oft hatte er sich unterworfen der wilden Gewalt, weil er ihr nicht lange widerstehen konnte, aber ebenso oft, wenn die Gelegenheit sich bot, hatte er in das Horn des Urs geblasen, die alten Freunde und Genossen gerufen, die Kruzifixe niedergerissen, die Kapellen geplündert und verbrannt und das Joch abgeworfen, das ihm eine Schmach schien. Und auch jetzt, als die Herrschaft der Sachsen in der Nordmark gesichert schien, blickte er nur mit heimlichem Groll den Söhnen des Bären Albrecht. Da war er einst zur Jagd ausgeritten mit dem Markgrafen Otto, und sie waren in eine Wildnis gekommen, die der Markgraf noch nicht kannte. Und darauf rechnete Wußo. Der Böse gab es ihm ein, daß er den Markgrafen verleiten sollte, fern ab von den Seinen, und da ihn töten, wo keiner es sah und keiner die Spur fände. Dann werde alles bleiben und werden, wie es gewesen; denn was tut das Roß, das die Stechfliegen gebracht, dem Lande und Volke gut, als daß es die Leute unzufrieden mache mit dem was sie hätten und ihre Väter. Da an Fischen und Buchnüssen sich genügen lassen, wollten nur Brot essen, und die auf harter Streu lagen, wollten in Betten schlafen und aus Gläsern und Hörnern in Becher und Tierne übergießen. So überredete sich Wußo und machte seine schwarzen Gedanken wahr, weil doch auch bösen Heiden, denen das war er lang, bei Tarquinien, bei Jerusalem ergangen, daß Markgraf Otto ihm so viel Böses angetan, und sein Verlangen auf ihn gerichtet.

Dunkel war die Gegend ganz anders als sie jetzt ist. Wo jetzt die Felder lustig und schönes Korn sprießen, war ein Dickicht von Eichen und Rüstern und Buchen, die durcheinanderwuchsen und Krieg führten um das bißchen Boden und Luft. Da lagen umgeworfene Stämme faulend einer über dem andern, und Gewürm, Kröten und Schlangen wimmelten am Boden, auf den nie ein Lichtstrahl fiel. Und wo der Wald aufhörte, war die Heide mit stachlichten Ginster- und Wachholdersträuchern besetzt, und wo die Heide aufhörte, war das Bruchland; verwachsene Elsen und wilde Schlingpflanzen, daß kein Lüftchen durchdrang, und in dem warmen, feuchten Dunst nisteten Schwärme giftiger Stechfliegen. Wer sich verirrte und nicht unterfand, blieb stecken in den Dornen und kam jämmerlich um vor Hunger und Qual unter den Stichen des Geschmeißes. Und auch das Wasser, wo es zu Tage lag, spiegelte nicht die Sonne und die Sterne und den blauen Himmel. Da trieben umgefallene Bäume umher, mit dickem Moos und Flechten überzogen, Jahrhunderte schwammen und ein buntes, schillerndes Netz von faulenden Stoffen schien darüber ausgebreitet. Die wilden Katzen kletterten in den verwachsenen Baumkronen, Krieg führend mit den Habichten, den Raben und Krähen. Der Bär schlich noch brummend in den Schatten um, ein Schrecken der anderen Tiere, und die Waldameise baute ihre hohen Kegelhäuser, das einzige geordnete Gemeinwesen. Nur den Auerochsen hatte schon der Mensch vertrieben, und auf die stolzen und wilden Elentiere richtete er eine verderbliche Jagd, daß sie weiter gen Osten flohen, und die wenigen, die noch waren, schon ich tiefsten Dickicht sich verbargen.

„Was Euch in der Wildnis nicht kann, Herr Markgraf?" fragte Wußo, da sie nun auf der Spur eines großen Elenhirsches ganz ab waren von ihrem Gefolge, und die Stöße ins Hifthorn riefen keinen, und die Luft war schwül und Gewitterwolken zogen am Himmel auf. Und Wußo war doch selbst bang geworden, denn vorhin, als der Fürst über einen Baumstamm setzte und sein Tier zu kurz sprang, daß er herabglitt, hatte der grimme Mann schon die Axt geschwungen, die ihm am Sattel hing, um dem Herrn das Garaus zu machen. Aber sein Arm blieb in der Luft hangen, ein ferner Donner rollte über die Wälder.

„Was soll mir bange werden!" antwortete Otto. „Da Sankt Johannis bei mir ist in den Wüsteneien, der mein Schutzpatron ist und auch deiner, Wußo."

Nun dachte Wußo heimlich: Ob dir der Sankt Johannes jetzt den Weg zeigen wird! und blieb tückisch zurück, da der Fürst, den Speer über sich schwingend, der Fährte des Elens folgte, ohne viel vor sich auf den Boden zu sehen. Ihre Rosse, die nicht weiter konnten durch das Moor, hatten sie nämlich verlassen und anbinden müssen, und Otto ging mit kühnen Schritten den Tapfen des Hirsches nach. Nur Wußo kannte den einzigen, schmalen Weg durch das Bruchland, und bei jedem Schritt meinte er, der Fürst werde sinken. Dann überhob ihn der Morast der Mordarbeit, und wie viele Deutsche waren in den Kriegen von den tückischen Wenden in die Moräste gelockt, da versanken.

Aber der Fürst fand den Weg, ohne daß er ihn kannte, sein Fuß traf immer das Feste und sank nie ein. Da er fast drüben war, rief er dem Wenden zu: „Was scheust du, Wußo! Kommst du mir nicht nach?"

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämtliche in Lübeck.

volles Vertrauen den Regierungsmaßregeln entgegenbringen. Die Israeliten könnten völlig darüber beruhigt sein, daß er, an die Quelle der Gerechtigkeit an der Seite des Kaisers berufen, darüber wachen werde, daß ihnen immer Gerechtigkeit widerfahre. — Die Botschaft hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube!

Der Odessaer Attentäter soll jetzt erkannt sein. Die Russische Telegraphenagentur meldet aus Odessa: Der Mann, der auf den Stadthauptmann General Neidhart das Attentat verübt, ist ein neunzehnjähriger Bauer aus dem Gouvernement Cherson namens Wassilij Poliakow.

Schweiz.

Ein Sieg der Reaktion. Bei der am Sonntag vorgenommenen Großstadtratswahl in der Stadt Winterthur, wo früher die Sozialdemokraten die Mehrheit besaßen, siegten die bürgerlichen Parteien.

Italien.

Ein Generalstreik der Eisenbahner droht auszubrechen. Nach einer Meldung aus Mailand beschloß das Zentralkomitee der italienischen Eisenbahnbeamten gestern, alle Vorbereitungen für einen Generalstreik der italienischen Eisenbahner zu treffen für den Fall, daß die Regierung die Forderungen der Eisenbahner verwerfen sollte.

Es rast der See und will seine Opfer haben. Aus Mailand wird berichtet: Wegen Teilnahme an den Exzessen während des Streiks wurden über 200 Verhaftungen vorgenommen.

Ein anarchistischer Attentatsversuch. Wie Mailänder Blättern aus Domodossola berichtet wird, ist im Innern des Simplontunnels ein anarchistischer Anschlag versucht worden. Der Lokomotivführer eines dichtgefüllten Arbeiterzuges bemerkte glücklicherweise rechtzeitig, daß auf dem Geleise starke Eisenstangen lagen, die offenbar in verbrecherischer Absicht dorthin gebracht worden waren. Vier anarchistische Arbeiter sind nach Entdeckung des Anschlages in die Schweiz geflohen. — Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

Frankreich.

Zum Dockarbeiterausstand in Marseille. Das von den Arbeitgebern und den ausständigen Dockarbeitern eingesetzte Schiedsgericht hat sein Urteil gefällt, wonach der Vertrag vom vorigen Jahre aufrecht erhalten werden soll. Die Dockarbeiter wollen das Urteil nicht anerkennen, weil dieser Vertrag den Arbeitgebern die Freiheit gewährleistet, organisierte oder nichtorganisirte Arbeiter einzustellen.

Protest der Brester Arbeiter. Am Sonnabend abend hielten in Brest etwa 2000 Arbeiter eine Versammlung ab, in der sie gegen einen Runderlaß des Marinepräfekten und gegen die von der Arsenal-Verwaltung eingenommene Haltung Einspruch erheben. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer an derselben durch die Straßen der Stadt, wobei sie revolutionäre Lieder sangen und nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen den Präfekten verhöhnten. Die Polizei trieb schließlich die Menge auseinander.

Vereinigte Staaten.

Zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat der demokratische Kandidat Parker, nach einer telegraphischen Meldung aus New York, eine Kundgebung veröffentlicht, worin er die Aufstellung seiner Kandidatur annimmt, und hervorhebt, daß er ein unbedingter Anhänger der Goldwährung sei. Die Tarifreform sei niemals notwendiger gewesen als heute. Der Dingleytarif belaste das Volk, indem er es zwinge, Hungerpreise für Lebensmittel zu zahlen. Ein neues Trustgesetz sei notwendig, da sich das bestehende als unzureichend erwiesen habe. Die Schiffahrt könne nicht durch ein Subventionssystem geschützt werden. Die Beziehungen zum Auslande seien wesentlich durch die Erwerbung der Philippinen, die die Union verwundbar gemacht haben, geändert worden. Das Eindringen der Amerikaner in die fremden Mächte habe die Ablehnung großer Industriestaaten hervorgerufen. Die Amerikaner müßten freundschaftliche Beziehungen zu allen Nationen unterhalten; alle Bündnisse, die nur zu Verstimmungen führen könnten, müßten vermieden werden, und man müsse sich der Einmischung in fremde Angelegenheiten enthalten. Auf dem amerikanischen Kontinent dürften sie nicht die öffentlichen Polizisten spielen und unter keinen Umständen für fremde Staatsschulden eintreten. Die Unabhängigkeit und Souveränität jedes einzelnen amerikanischen Staates müsse geachtet werden. Die Union dürfe nur einschreiten, wenn es gelte, die einzelnen Unionsstaaten in der eigenen politischen und nationalen Entwickelung frei von dem Druck fremden Einflusses zu halten. Die Filipinos müßten durch das Versprechen einer Unabhängigkeit, ähnlich der Kubas, zur Entwickelung angespornt werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 27. September.

Genosse Otto Friedrich ist gestern nach 10½jähriger Tätigkeit aus unserem Redaktionsverbande ausgeschieden, um einem ehrenvollen Rufe nach Braunschweig zu folgen. Am 1. Oktober übernimmt derselbe die politische Redaktion des dortigen Parteiorgans, des „Volksfreund". 10½ Jahre hat Genosse Friedrich in Lübeck an exponierter Stelle gestanden, hat schwere Freiheitsstrafen über sich ergehen lassen müssen. Das Bewußtsein aber, die Opfer dem Befreiungskampfe des Proletariats gebracht zu haben, hielt ihn hinter düsteren Kerkermauern aufrecht. Da der Scheidende seit der Gründung unseres Parteiorgans die Redaktion desselben geführt hat, so ist die Geschichte des „Volksbote" mit dem Namen des Genossen Friedrich aufs Engste verknüpft. Aber auch im öffentlichen politischen Kampfe stellte derselbe seinen Mann. So glauben wir denn, im Sinne der Lübecker Parteigenossen zu handeln, wenn wir an dieser Stelle unserem scheidenden Genossen ein herzliches Lebewohl! zurufen.

Warnung vor Schwindelkassen. In den letzten Monaten sind wieder eine Anzahl von Schwindelkassen verkracht und die Mitglieder, welche sich aller Warnungen in der Presse ungeachtet zum großen Teil aus Arbeiterkreisen rekrutieren, haben nicht nur ihre Beiträge verloren, ohne in den Genuß einer Unterstützung zu gelangen, sondern haben auch noch zum Teil nicht unerhebliche Nachzahlungen zu leisten. Trotzdem hört die Kassengründerei nicht auf, und immer wieder gelingt es den Direktoren, Inspektoren, Agenten oder wie sie sich sonst nennen mögen, durch eine vielsprechende Reklame Dumme auf den Leim zu locken und als Mitglieder für ihre sogenannten freien Hülfskassen zu werben. Es kann daher nur von neuem vor dem Beitritt zu derartigen Krankenkassen gewarnt werden, deren mangelhafte Organisation und Fundierung meist schon von vornherein den baldigen Zusammenbruch mit Sicherheit voraussetzen läßt. Mit Vorliebe wird von solchen Kassen als Lockmittel darauf hingewiesen, daß sie unter staatlicher Oberaufsicht stehen, oder für das ganze Reich genehmigt sind. Derartige Angaben sind jedoch lediglich auf Irreführung des Publikums berechnet. Die staatliche Oberaufsicht, der sämtliche Krankenkassen unterstehen, ist im allgemeinen nur eine Formalität, welche dem Pulikum nicht im geringsten eine Garantie für die Solidität einer Krankenkasse bietet. Diese „Oberaufsicht" macht sich immer erst dann bemerkbar, wenn eine Kasse vor dem Krach steht oder offenbare Unregelmäßigkeiten in ihrer Geschäftsführung ein Einschreiten notwendig werden lassen. Dann ist es aber für die Mitglieder fast stets zu spät; ihre Beiträge sind bereits verloren. Aehnlich verhält es sich mit der den Krankenversicherungslustigen vorgeflunkerten „staatlichen Genehmigung" einer Krankenkasse, da es etwas Derartiges gar nicht gibt und der Aufsichtsbehörde ein Genehmigungsrecht gar nicht zusteht. Dieselbe hat lediglich zu prüfen, ob das Statut einer Krankenkasse den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Ist dies der Fall, dann muß die Aufsichtsbehörde die Kasse zulassen, selbst wenn dieselbe von vornherein den baldigen Zusammenbruch erkennen läßt. Es darf von ihr weder der Nachweis der Leistungsfähigkeit, noch die Stellung eines Garantiefonds verlangt werden. Das Statut derartiger Kassen ist aber inbezug auf die krankenversicherungsgesetzlichen Bestimmungen immer in Ordnung, was ja auch leicht zu machen ist. Dadurch erlangen die Mitglieder freilich nicht die geringste Sicherheit für die dauernde Erfüllung der ihnen zugesicherten Leistungen. — Charakteristisch für die Schwindelkassen ist ihr Agentenwesen und die Aufnahme der Mitglieder ohne ärztliche Untersuchung, allein auf die Ausfüllung eines Fragebogens hin, sowie die prahlerische und trügerische Ankündigung: „Freie Arztwahl!" Bekanntlich haben die Mitglieder derartiger Kassen die Arztkosten selbst zu bestreiten. Wer diese Merkmale beobachtet und sich von den Kassen, wo derartige Einrichtungen bestehen, fernhält, wird eine Schädigung nicht erfahren. Solide Kassen können sich weder die hohen Agenten- und Inspektorenprovisionen, noch die unbesehene Aufnahme von Mitgliedern leisten, wenn sie den gesetzmäßigen Anforderungen genügen wollen. Dagegen muß bei den Schwindelkassen die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung zur Aufrechterhaltung des Schwindelgebäudes dienen, indem sie die Möglichkeit bietet, unterstützungsbedürftige Mitglieder bei Geltendmachung von Unterstützungsansprüchen von der Mitgliedschaft auszuschließen. Es ist somit gegenüber den Lockungen der Agenten, welche für sogenannte freie Hülfskassen, Volkskrankenkassen oder allgemeine Krankenversicherungskassen Mitglieder werben wollen, die allergrößte Vorsicht am Platze.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Helfmann u. Co. (Bahnhofsbau) ist die Sperre verhängt. Die Lohnkommission der Zimmerer.

Naturwunder. Uns wurde eine gelbe Wurzel eingeliefert, die in Form einer Menschenhand mit nach innen gelegtem Daumen gewachsen ist. Ferner erhielten wir eine Kartoffel, welche in ihrem Wachstum keinen Halt vor dem Patentverschluß einer Bierflasche gemacht hatte. Die Kartoffel war um die beiden offenen Enden herumgewachsen. Die Produkte stammen von Marly.

pb. **Abermals ein Fahrraddiebstahl.** In der Nacht vom 25. zum 26. d. M. wurde aus dem Vorgarten einer an der Fackenburger Allee belegenen Wirtschaft ein Fahrrad, Marke: „Rothes Walküre" mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und Freilaufvorrichtung mit Rücktritbremse gestohlen. Im Hinterrade fehlt eine Speiche.

pb. **Diebstahl.** Gegen einen hiesigen Kaufmannslehrling wurde seitens seines Chefs Anzeige wegen Diebstahls erstattet.

pb. **Körperverletzung.** Ein hiesiger Dienstmann erstattete gegen seinen Hauswirt und die beiden Söhne desselben Anzeige wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung.

Schönberg. Billig — aber schlecht scheint das Arbeitermaterial zum Teil zu sein, das an dem Bahnbau Schönberg-Dassow verwandt wird. Einheimische Arbeiter sind bekanntlich „zu teuer", weshalb mit Vorliebe zu solchen Arbeiten auswärtige Arbeitskräfte herangezogen werden. Von welcher Sorte dieselben häufig sind, beweisen die verschiedenen Skandalszenen zwischen den an der Schönberg-Dassower Bahnstrecke Beschäftigten, über die wir bisher berichteten. Ueber die letzte derselben weiß das „Mecklenb. Tagebl." mitzuteilen: Am Abend kehrten die Bahnarbeiter von Dassow nach der Kantine zurück und drohten, die Kantine zu sprengen. In demselben Augenblick wurde auch ein wahres Bombardement auf die Kantine eröffnet. Die Bierflaschen flogen durch die Fenster, so daß letztere vollständig zertrümmert wurden. Die Kinder mußten aus den Betten fliehen, da die Glassplitter ihnen um die Ohren flogen. Die inneren Einrichtungen der Kantine wurden vollständig zertrümmert. Einige Arbeiter hatten sich inzwischen auf das Dach begeben, um dieses herunterzureißen. Als dieser Versuch aber mißlang, sollte das Gebäude in Brand gesetzt werden. Um dies zu verhindern, entstand zwischen den Arbeitern selbst ein furchtbares Handgemenge. Drei Mann wurden mit einem Knüttel niedergehauen, so daß sie kampfunfähig waren. Endlich erschien die Polizei. Acht Mann wurden sofort verhaftet. Das ganze Wirtschaftsgebäude bietet ein Bild der Verwüstung.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der ehemalige Stationsvorsteher auf Bahnhof Tornesch, Goebel, wurde am Sonnabend von der Strafkammer I des Altonaer Landgerichts zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in mindestens 6 Fällen Geldbeträge, die ihm in amtlicher Eigenschaft anvertraut waren, zusammen 820 Mk., der Stationskasse entnommen und für sich verbraucht hat. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt. Im einzelnen handelt es sich um Beträge von 50 bis 150 Mark. — Das Oberkriegsgericht in Wilhelmshaven verurteilte wegen zahlreicher Fahrraddiebstähle die Matrosen Kleemann und Kasper zu 3½ bezw. 5 Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus der Marine. — Sonntagmorgen gegen 10 Uhr entstand infolge Kessel-Explosion ein größerer Brand in der Brennerei von Aug. Könecke in Ricnburg a. W., bei welchem in kurzer Zeit die Kornmühle und die Brennerei niederbrannten. Der 18jährige Sohn kam bei dem Brande um, auch erlitt ein Angestellter schwere Brandwunden am Kopfe.

Hamburg. Die verpuffte Haupt- und Staatsaktion der Hamburger Polizeibehörde gegen das Hamburger Gewerkschaftskartell. Die Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells soll sich nach Ansicht der Polizeibehörde neben ihren recht umfangreichen Arbeiten während des Brauerstreiks und des damit im Zusammenhang stehenden Bierboykotts mit dem Verschleiß von Bier befaßt, ohne dieses Gewerbe bei der Polizei angemeldet zu haben. Die Mitglieder dieser Kommission, die Genossen Kretschmer, Döring, Hense, Himpel und Runde bekamen daher Strafmandate in Höhe von je 20 Mark zugestellt, gegen die sie Einspruch erhoben, infolgedessen die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung gelangte. Der Vertreter der Angeklagten, Dr. Sudek begründete den Einspruch. Der Vorsitzende verlas die bekannte Anzeige: „Hamburger Gewerkschaftskartell. Zentralniederlage von boykottfreiem Bier. Inhaber: L. Schoene" 2c. Auf Befragen erklärte Hense, Schoene habe die Anzeigen erlassen. Schoene sei von seinem Posten als Kassierer des Kartells suspendiert worden für die Dauer des Bierboykotts und habe bis zur Beendigung desselben sein Gehalt aus dem Biergeschäft bezogen, und zwar in gleicher Höhe wie das als Kassierer. Sollte ein Ueberschuß gemacht werden, so sollte dieser nicht an das Gewerkschaftskartell abgeführt werden, sondern den Gastwirten zu gute kommen. Auf weiteres Befragen führte Himpel aus, die Wirte seien an die Kommission herangetreten, worauf Schoene den Bierverschleiß selbstständig übernommen habe. Die Phantasiegebilde von den hohen Profiten aus dem Bierhandel, von denen in der bürgerlichen Presse viel die Rede war, zerstörte Kretschmer mit rauher Hand. Er bemerkte, daß Schoenes Biergeschäft keine Ueberschüsse, sondern ein nicht unbeträchtliches Defizit aufweise, da die hohen Frachtsätze für das Leipziger, Kopenhagener 2c. Bier das Bier so verteuert hätten. Himpel fügte noch hinzu, daß das für 19—20 Mk. verschleißte Bier vielfach inklusive Fracht und Transport am Orte selbst 23 Mk. gekostet habe. Rechnung sei noch nicht abgelegt, doch werde das Defizit einige Tausend Mark betragen. Wer dieses Defizit decken werde, liege noch im Schoße der Zukunft. Tief blicken ließen die Aussagen des mit den Recherchen „in Sachen Bierboykott" betraut gewesenen Polizeiwachtmeisters Joseph Idzieblkowski, der auch Berechnungen über die Rentabilität des Schoeneschen Bierverlags angestellt hat. Einzelne Posten dieser „Berechnung" gelangten zur Verlesung, wonach Schoene ein Bombengeschäft gemacht haben soll. Vorsitzender: Von wem haben Sie diese Berechnung? Vom Kartell? Zeuge: Nein, von einem Herrn, den ich nicht nennen möchte. Hense: Der Zeuge war oft bei uns und erkundigte sich angelegentlichst nach den Bierpreisen, dem Verdienst an dem Bier, woher wir dasselbe bezögen usw. Der Wahrheit gemäß antworteten wir, daß Schoene sein Biergeschäft selbstständig betreibe, von seinen Kartellgeschäften entbunden sei und sein Gehalt aus dem Biergeschäft erhalte. Die anderen Fragen sollte er sich von Schoene beantworten lassen. Der polizeiliche Zeuge mit dem verzwickten Namen meinte, daß die Bierrechnungen auf den Namen des Kartells lauteten. Der Amtsanwalt war der Meinung, daß die Angeklagten das Biergeschäft als selbständige Gewerbetreibende betrieben hätten zu dem Zwecke um Gewinn zu erzielen. Wenn ein solcher nicht erzielt sei durch schlechte Wirtschaft oder aus einem anderen Grunde, so käme dies nicht in Frage, aber jedenfalls sollte ein solcher erzielt werden. Schoene sei nur eine vorgeschobene Person gewesen, deshalb bedürften die eigentlichen Geschäftsinhaber, die Angeklagten, zur Führung dieses Geschäftes ebenfalls des Gewerbescheines. Die Anzeigen lauten nicht auf den Namen Schoenes, sondern auf den der Kartellkommission. Aus diesen Gründen müßten die Strafverfügungen bestätigt werden. In eingehender Rede zerpflückte der Verteidiger diese Anschauung und wies nach, daß gar kein Gesetz umgangen werden konnte, weil alle Voraussetzungen zum Betrieb des Biergeschäfts erfüllt waren. Wenn eine nicht rechtsfähige Gesellschaft einen Mann beauftrage, ein Geschäft zu führen, so habe sich dieser eben einen Gewerbeschein zu lösen, womit den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geschehen sei. Von einer vorgeschobenen Person könne daher keine Rede sein. Ein Gewerbetreibender sei eine Person, die das Gewerbe ausübe, wie dies näher im Kommentar Landmann ausgeführt werde. Schoene habe das Geschäft selbständig betrieben, Gelder einkassirt, Verträge abgeschlossen 2c., also genau das getan, was im § 45 der Gewerbeordnung ausgedrückt sei und wozu er auf Grund seines Gewerbescheins berechtigt war. Himpel wies die Ansichten des Anklägers zurück und wies nach, daß die Gastwirte die eigentlichen Interessenten waren. Stets wurde hervorgehoben, daß aus dem Biergeschäft kein Verdienst erwachsen solle. Die Berechnung stütze sich auf die von den Vertretern der Brauereien an den Bahnhöfen vorgenommene Bierkontrolle, die ganz irreführend sei. Während die „Tageszeitung für Brauereien" die Zahl der nach Hamburg Bier liefernden Brauereien auf 20 berechnete, hätten tatsächlich 60 Brauereien boykottfreies Bier geliefert. Schoene könne ja hierüber Auskunft erteilen. Das Gericht sprach die Angeklagten unter Belastung der Staatskasse mit den Kosten des Verfahrens, inklusive der den Angeklagten persönlich erwachsenen Auslagen, frei. Begründend wurde ausgeführt, daß der Bierhandel nicht von den Angeklagten, sondern von Schoene betrieben worden sei. Dieser sei nicht Vertreter der Angeklagten gewesen, sondern habe auf eigene Kappe gehandelt. Schoene sei, wie die Angeklagten auch, Vertreter der dem Kartell angeschlossenen Arbeiter und habe als solcher selbständig den Bierhandel geführt.

Hamburg. Bevölkerungszahl. Nach Feststellung des Statistischen Bureaus der Steuerdeputation betrug die Bevölkerungszahl im hamburgischen Staat am Schlusse des vorigen Monats 818 576. — Wiederaufnahmeverfahren. Der zum Tode verurteilte Seemann Johann Schröder, der seine Ehefrau ermordet haben sollte, hat durch seinen Verteidiger Dr. Suse das Wiederaufnahmeverfahren erwirkt, da von einer Schwester des Angeklagten in Erfahrung gebracht ist, daß die Ehefrau Schröder, als sie sich schon auf dem Wege der Besserung befand, die Schußwunde wieder aufgekratzt habe; an dieser Verblutung sei sie dann gestorben. — Todessturz. In der Carolinenstraße stürzte beim Fensterputzen das 21jährige Dienstmädchen Schweitz aus dem Fenster des dritten Stockwerks auf das Straßenpflaster und trug so schwere Verletzungen davon, daß es nach kurzer Zeit starb. — Beim Abbrechen der offiziellen Tribüne auf dem Paradefeld in Großflottbek haben Arbeiter nicht weniger als drei Fuder leere Flaschen und viele andere Sachen, die von Tribünenbesuchern zurückgelassen waren, vom Platz gefahren.

Kiel. Im Streit erstochen. Der Gehilfe des Wirtes einer Kantine beim Bau der von Diedrichsdorf nach Heikendorf führenden neuen Chaussee ist von einem der bei der Chaussee beschäftigten Arbeiter erstochen worden. Der Arbeiter war in Wut geraten darüber, daß der Vize des Kantinenwirts ihm in der verflossenen Woche angeblich zu viel für Getränke angeschrieben hatte. Der Verstorbene heißt Bartels. Die Polizei verhaftete den Messerstecher.

Güstrow. Schwurgericht. In der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung wurde gegen den Schäfer Michaelis aus Alt-Falkenhagen wegen Meineids verhandelt. Der Angeklagte war beschuldigt, am 2. Juni vor dem Amtsgericht zu Waren in einer Alimentationssache einen Meineid geleistet zu haben, er war geständig. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust. Zwei Monate wurden dem Angeklagten als durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet.

Geestemünde. Trotz unserer großen Flotte. Die „Provinzial-Ztg." schreibt: „Es hat fast den Anschein, als ob die englischen Fischdampfer sich in diesem Jahre zu einer planmäßigen Brandschatzung der westlichen Küsten des Kontinents vereinigt hätten. Sie machen nicht nur in der Nordsee die deutschen und die dänischen Fischgründe unsicher, sie wirtschaften sogar in der rücksichtslosesten Weise an der portugiesischen Küste. Leider gelingt es nur sehr selten, die Fischer auf frischer Tat zu ertappen, da sie nach einem erfolgreichen Fischzuge schnell den Fangort verlassen und anderswo ihre Netze auswerfen. Soweit bekannt geworden, ist es an der deutschen Küste nur dem Torpedoboote „S 17" gelungen, den bei Tagesgrauen vor Norderney fischenden englischen Dampfer „Heal" aufzubringen, dessen Kapitän von dem deutschen Gericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. — Da haben wir nun immer mehr Kriegsschiffe bekommen — kleine und große — und trotzdem stibitzen uns englische Fischdampfer die Fische vor der Nase weg. Freilich, unsere Flotte hat genug zu tun mit dem Spazierenfahren.

Lübecker Stadttheater.

„Electra", Tragödie in 1 Akt von Hugo von Hofmannsthal. Es war eine äußerst schwierige Aufgabe, die sich Hofmannsthal gestellt hatte, als er aus dem furchtbaren griechischen Königsdrama eine Tragödie für unsere heutige Bühne schaffen wollte. Es handelt sich um die Ermordung der Königin Klytemnästra, die ihren Gatten Agamemnon getötet hatte, durch den eigenen Sohn Orestes. Angestiftet zum Muttermord wird letzterer von seiner Schwester Electra. Der gleiche Stoff wurde bereits von dem großen griechischen Dichter Sophokles als Vorwurf für ein Drama verwandt, das Jahrtausende überdauert hat. Hofmannsthal, der Wiener Poet, ist zwar mit Ernst und Fleiß an seine Aufgabe herangetreten, er hat es aber nicht vermocht, sein Vorhaben in der beabsichtigten Weise auszuführe. Man hört nur pathetische Worte, wird aber trotzdem nicht im Innersten der Seele so von den Bühnenvorgängen berührt, wie es die Trägödie des Muttermordes mit sich bringen sollte. Der Pathos erscheint uns hohl. Das Werk, welches sehr schwer wiederzugeben ist, fand eine recht gute Aufführung durch unsere Künstlerschar. Die Rolle der unglücklichen Königstochter Electra wurde durch Frl. Mehnert mit Leidenschaft und Wucht zur Darstellung gebracht, ebenso wurde Frl. Leßmann, die neue sentimentale Liebhaberin, der Rolle der Crysothemis fast immer gerecht. Mit Eifer waren auch Frl. Anders (Klytemnästra) und Herr Hofer (Orestes) bei der Sache. Wenn trotzdem der Erfolg nicht den Erwartungen entsprochen hat, so trifft die Schuld nicht die Darsteller und die Regie, sondern es lag daran, daß das Werk an sich nicht genug Sympathie finden konnte. Bemerkt sei noch, daß das einaktige Stück für einen Theaterabend nicht ausreicht; bei einer Wiederholung wäre die Zugabe eines weiteren Werkes notwendig. Die nicht sehr zahlreichen Zuschauer spendeten den Künstlern lebhaften Beifall. L.

Letzte Nachrichten.

Thorn. Schwarze Pocken. In einer hiesigen Kaserne ist ein Infanterist an schwarzen Pocken erkrankt und im Garnisonlazarett gestorben. Der Gestorbene ist bei den Manöverübungen mit diesseits der Grenze beschäftigten russischen Rübenarbeitern in Berührung gekommen und hat sich dabei wahrscheinlich angesteckt.

Berlin. Risiko der Arbeit. Beim Bau der neuen Kirche in Lankwitz bei Berlin stürzte heute das innere Turmgerüst zusammen. Drei Arbeiter wurden schwer, einer leicht verletzt.

Dresden. Vom Duellunfug. Wegen Säbelduells hatten sich die beiden hiesigen Aerzte Wolf und Meyer vor dem Landgericht zu verantworten. Wolf erhielt vier Monate, Meyer drei Tage Festung.

Saarbrücken. Schwerer Unglücksfall. In einem Hochofen des Neunkirchener Hüttenwerkes hatte sich zwischen den Kohlen und dem oben eingeschütteten Erz, das sich gestaut hatte, Gase gebildet. Plötzlich brach die Erzmasse zusammen, und mit donnerähnlichem Krachen suchten sich die Gase einen Ausgang. Mehrere Arbeiter wurden schwer, andere leicht verbrannt.

Zweibrücken. Du sollst nicht töten! Das pfälzische Schwurgericht verurteilte die Fabrikarbeiter Georg Gumbinger und Jakob Gumbinger, sowie deren Mutter wegen Todschlages und der Beihilfe hierzu, begangen an ihrem Vater bezw. Ehemann, die beiden ersteren zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, die Mutter und Ehefrau zu vier Jahren und sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Die beiden Mitangeklagten, die Brüder Alfred und Christian Gumbinger, wurden freigesprochen. Die Angeklagten waren geständig.

Neapel. Der Vesuv zeigt vermehrte Tätigkeit. Der oberste Bahnhof der Drahtseilbahn steht in Flammen. Fortwährend fließen Lavaströme aus. Man hört zahlreiche heftige Explosionen.

Vienne (Frankreich.) Militärdrama. Ein Infanteriekorporal gab auf seinen Hauptmann, der ihn bestraft hatte, einen Gewehrschuß ab. Der Schuß verfehlte den Hauptmann, tötete aber drei Soldaten und verwundete einen vierten schwer. Der Korporal beging Selbstmord.

New York. Das Bahnunglück bei Newmarket in Tennessee ist durch den Lokomotivführer verschuldet, welcher schlief. Deshalb prallten zwei Züge, von denen einer an der Station in ein Seitengleis geschoben werden sollte, zusammen. Die Zahl der Toten beträgt 45, meist Neger und italienische Einwanderer; 120 Personen sind schwer verletzt.

Briefkasten.

A. B. Ist verjährt.

Ein stiller Freund. Das ist uns bekannt. Dagegen läßt sich schwerlich etwas unternehmen.

Gestern morgen 5 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit unser kleiner **Adolf** im Alter von 6 Wochen. Tief betrauert von seinen Eltern und Bruder.

W. Klüwer und Frau,
geb. Bernbeck

Sonntag morgen entschlief nach kurzer Krankheit unsere Tochter **Rosa** im Alter von 7 Monaten. Tief betrauert von

Chr. Bornhövd und Frau.
geb. Wundt

Logis für jungen Mann
Segebergstraße 29, I.

Ein leeres heizbares Zimmer
zum 1. Oktober zu vermieten
Ludwigstraße 38, rr.

Ein gut möbliertes Zimmer
durch Zufall zu vermieten
Näheres Glockengießerstraße 72.

Zu vermieten zum 1. Januar 1905 **mehrere kleine Wohnungen,** mit 2 Zimmer, Küche mit Wasser, Keller und Boden. Näheres Wakenitzmauer 23, pt., r. Wakenitzm. 1 a (früher Rivoli).

Eine kleine freundliche Wohnung
zu vermieten Arnimstraße 13 b.

Suche Beschäftigung in Nähen und Wäscheausbes.
Wickedestraße 5a, III.

Gesucht zu sofort ein Knecht
in Wobenkäse. Th. Höppner, Mori.

Mehrere junge Mädchen
werden zur Erlernung der Schneiderei gesucht
Schmiedestraße 19, I.

Das Wohnhaus Marlistraße 16
enth. 2 Wohnungen mit Zubehör, der Neuzeit entsprechend eingerichtet, mit Vorder- und hinten 900 Qu.-Mtr. gr. Hintergarten, ist billig zu verkaufen. Näheres Nummer 15.

Zu verkaufen **ein guterhaltener Kinderwagen,** Preis 10 Mk., daselbst **Kaninchen** à 50 Pfg.
Wickedestraße 37 a.

Junge Kaninchen, Stück 10 Pfg.
zu verkaufen Hagenstraße 28 a.

Ein Roman Kaninchen u. Tharan
billig zu verkaufen
Friedenstraße 55, Hinterhaus.

Eine Konzert-Zither zu verkaufen
Kanalstraße 21.

Am Sonntag den 25. d. M. Mus. abhanden gekommen **ein m. kurzh. Spitz,** Sonntagsfuchs 1535. Der Finder wird gebeten,
J. Heimann, Schlachterstraße 11.

Heinr. Vick, Glaser, Glockenstr. 5a.
Empfehle mich zum Einsetzen von Fenstern und Spiegel.

Brautkränze bindet
E. du Bois, Moislinger Allee 16.

Als Klavierspieler
empfiehlt sich
Fritz Eißmann, Dankwartsstraße 42, I.

Visit-Karten
auf d. Elfenbeinkarton
Buchdruckerei des Lübecker Volksblatt.

Einen köstlichen Duft
verbreitet beim Braten Jungen, Geflügel und Gemüse
Solo-
Margarine ist nach dem Urteil der Kenner vorzüglich
Butter
Ueberall erhältlich.

Bureau und Lager: Lübeck, Mengstraße 4. Telephon Nr. 547.
Vertreter: L. Wigger und Johs. Frauböse.

KOLOSSEUM.

Grosser Fest- und Jubiläums-Ball

zur Feier des 40jährigen Stiftungsfestes der Kranken- und Sterbekasse „Fidelitas" und 25jährigen Jubiläumsfeier des Herrn Franz Callies als Kassenführer der Kasse

am Sonntag den 2. Oktober ds. Js.

in den Sälen des Kolosseums (W. Dassler).

Lokalöffnung: 5 Uhr Von 6—7 Uhr: Konzert **Anfang: 6 Uhr.** Anfang des Balles: 7 Uhr. **Ende: 2 Uhr.**

Eintrittspreis: 50 Pf., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pf., wofür Garderobe.

Zu dieser **Doppelfeier** lade ich **alle** meine verehrten **Freunde** und **Gönner** ganz ergebenst ein.

NB. Die **Inhaber der Doppelkarten** ersuche ich, recht **pünktlich** zu dem **Kommers in den Zentralhallen** zu erscheinen.

Achtungsvoll
Franz Callies, Jubilar und Benefiziant.

Ein Korb mit Brod gefunden.
Abzuholen Wickedestraße 33—35.

Amor

Metall-Putz-Glanz
das **Beste.**
In Dosen à 10 Pfg. überall zu haben.
Man verlange wegen Nachahmungen ausdrücklich den echten „Amor".

Empfehle nur die
allerbest. Kronsbeeren.
Täglich frische Lieferungen **zum billigsten Preise.** Bahn- und Post-Versand.
Ludw. Hartwig
— Obertrave 8. —
Filiale: Untertrave 69.

Birnen, Bonnen- und Traubäpfel
Pfund 3, 4 und 5 Pfg.
Pflaumen Pfd. 6 Pfg.
Kaufe Ziegen.
J. J. P. Möller
Markthallenstand.

Täglich frisch:
Schwarzsauer, Brotwurst, saures Schweinefleisch
sowie sämtlichen Aufschnitt empfiehlt
K. Grühn, Wakenitzmauer 35, Ecke Klappenstraße.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in meinem Hause

Brockesstraße 29
eine Wein- und Spirituosen-Handlung

und bitte ich, reelle und prompte Bedienung zusichernd, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
J. M. Lafrentz.

! Billig heute abend !
Stücken Hammelfleisch zu Kohl Pfd. 45 Pfg.
Fr. Möller, Wakenitzmauer Nr. 86 b. d. Gr. Gröpelgrube.

Achtung Schmiede!

Versammlung

am Mittwoch den 28. Januar
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Bockner: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Bewegung".
2. Kartellbericht.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Panorama

(Filiale a. d. Passage Berlin).
Breitestraße 53, 1. Etage.
Diese Woche ausgestellt:
Turin und Mailand.
Jeden Tag von 10—10 Uhr geöffnet.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 28. September 1904.
Abends 7½ Uhr. 5. Vorstellung. Abends 7½ Uhr. 1. Mittwochs-Abonnement.

Der Dieb (Scrupules).

Hierauf:
Die deutschen Kleinstädter.
Lustspiel in 4 Akten von August von Kotzebue.

Donnerstag den 29. September:
Kabale u. Liebe.

Circus Variété.
Drittletztes Auftreten.
14 Araber.
Lotte Sebus, Vortragssoubrette.
Willy Rossio, Meisterschaftsjongleur
Sisters Mac Lord, akrobat Tänzerinn.
Ceenewood, Kings Jester.
Chr. Rügamer, Grotesque-Humorist.
Schwestern Lindström, schwedisches Duett.
Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft.

Verantwortlicher Redakteur Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.